Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 107. **Donnerstag den 9. Mai 1901.** **8. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 7. Mai 1901.

90. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Der ziemlich mäßig besetzte Reichstag mußte sich heute ohne sein bisheriges Mitglied, den zum preußischen Handelsminister avancirten Kommerzienrath Möller behelfen. Der Präsident theilte im Anfang der Sitzung dem Hause die betrübende Thatsache mit, daß der Herr sein Mandat niedergelegt hat; nachher entschuldigte Graf Posadowsky das Fernbleiben seines neugebackenen Kollegen — der heute Gelegenheit zu debütiren gehabt hätte — mit den Umzugs- und sonstigen Schwierigkeiten, mit denen nun einmal ein solches Avancement verbunden zu sein pflegt. — Die heutige Tagesordnung füllten Interpellationen aus. Sehr schnell wurde die erste Interpellation erledigt, die über den zur Ausmusterung der Militärpferde gewählten Termin Klage führt. An der wenig erheblichen Debatte betheiligten sich außer dem Kriegsminister v. Goßler nur Agrarier verschiedenen politischen Glaubensbekenntnisses. — Weit längere Zeit nahm die Besprechung der zweiten Interpellation in Anspruch. Im Namen unserer Fraktion brachte Genosse Hoch in trefflichen Ausführungen die Außerachtlassung der gesetzlichen Vorschriften in den chemischen Fabriken in Griesheim zur Sprache und erkundigte sich nach den Vorkehrungen, die der Reichskanzler zu treffen gedenke, um in Zukunft solchen Unglücksfällen vorzubeugen. Graf Posadowsky beantwortete die Interpellation, indem er — übrigens in ziemlich höflicher Form — die Gewerbeinspektion wie die Fabrikverwaltung nach Möglichkeit reinzuwaschen suchte und sich im Uebrigen in beliebter Weise auf die noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen berief. — Einstimmig wurde die Besprechung der Interpellation beschlossen. Der gewesene Ministerkandidat Müller-Fulda fand einige milde Worte des Tadels über die Handhabung der Vorschriften in Griesheim. Um so energischer rückte, mit einem reichhaltigen Material versehen und als Chemiker mit voller Sachkenntniß ausgerüstet, Genosse Wurm dem Staatssekretär zu Leibe, der sich nur recht schwächlich zu vertheidigen wußte. — Aus der weiteren Verhandlung unserer Interpellation ist noch der Zusammenstoß des Genossen Singer mit dem Kanal- und Elektrizitätsfeind v. Kardorff zu erwähnen. Herr v. Kardorff fühlte augenscheinlich einmal wieder das Bedürfniß, das Haus zu erheitern, zog an den Haaren die Berliner elektrischen Straßenbahnen in die Debatte und brachte das Kunststück fertig, für die Unglücksfälle, die diese anrichten, die — Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Singer leuchtete unter großer Heiterkeit des Hauses dem Ritter von St. Laura gründlich heim; als dieser für nöthig befand, noch den ins Wasser gefallenen Kanal in die Erörterung zu ziehen, wurde er vom Präsidenten Ballestrem mit den Worten zurechtgewiesen: „die Kanalvorlage wollen wir lieber fallen lassen" — eine Wendung, die natürlich ein homerisches Gelächter in dem ganzen Hause erregte. — An dritter Stelle beschäftigte das Haus die Interpellation des Welfen v. Hodenberg über die Gefangennahme und Behandlung deutscher Missionare in Südafrika durch die Engländer. Herr v. Hodenberg fand Worte scharfen Tadels über das Verhalten der Reichsregierung dem Verfahren der Engländer gegenüber. Staatssekretär v. Richthofen vertheidigte sich gegen die Vorwürfe des Interpellanten, so gut er konnte. Bei der recht belanglosen Besprechung der Interpellation ergriff u. A. auch der unvermeidliche Alldeutsche Hasse das Wort. — Eine lange Tagesordnung weist die morgige Sitzung auf: Weingesetz, dritte Lesung; Diätenantrag und Anträge über die Gewerbegerichte, zweite Lesung.

Am Bundesrathstisch: von Goßler, Graf von Posadowsky.

Der Präsident theilt mit, daß Abg. Möller (NL) in Folge einer Ernennung zum preußischen Handelsminister sein Mandat niedergelegt hat.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Herold (Z) begründet folgende Interpellation:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vormusterungen der Pferde für militärische Zwecke auch in diesem Jahre wieder in weitem Umfange während der Saatzeit stattgefunden haben?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, in Rücksicht auf den landwirthschaftlichen Betrieb, dahin zu wirken, daß diesem Uebelstande für die Zukunft abgeholfen werde?"

Kriegsminister v. Goßler: Die Ausmusterung gehört zur Kompetenz der Provinzialbehörden. Hinsichtlich der zweiten Frage glaube ich versichern zu können, daß die Belästigungen der Landwirthschaft sich in Zukunft vermeiden lassen werden. Im vorigen Jahre ist die ganze Organisation mit Zustimmung des Reichstags dahin geändert worden, daß ständige Vormusterungskommissare ernannt werden. Diese theilen ihre Bezirke in möglichst kleine Theile, damit eine möglichst geringe Belästigung der Pferde haltenden Bevölkerung eintritt. Auf die örtlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse ist Rücksicht zu nehmen, die Zeit der Ausmusterung wird mit den Landräthen und Oberpräsidenten vereinbart. In diesem Jahre werden wahrscheinlich noch Ausmusterungen in der Saatzeit stattfinden müssen, das ist aber nur eine Uebergangszeit, für die Zukunft sind Belästigungen hoffentlich ausgeschlossen.

Auf Antrag Gröber (Z.) tritt hierauf das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Depken (NL.) begrüßt die Erklärung des Kriegsministers.

Dr. v. Levetzow (K.) fordert, daß in der Sommerzeit überhaupt keine Vormusterungen abgehalten werden.

Dr Hahn (B. d. L.): Der einzige richtige Ausweg wäre, daß die Offiziere für den späten Herbst und Frühling kommandirt würden und nicht wie jetzt vom Frühjahr bis Herbst. Das Entgegenkommen des Herrn Kriegsministers erkennen wir gerne an, hoffentlich handeln die nachgeordneten Behörden in seinem Sinne.

Kriegsminister v. Goßler: Eine Abkommandirung der Offiziere findet heute überhaupt nicht mehr statt. Es sind etatsmäßig Offiziere angestellt, die zur gelegenen Zeit die Vormusterungen vorzunehmen haben.

Gröber (Z.): Unsere Interpellation richtet sich an den Reichskanzler, denn dieser hat für die Durchführung der Reichsgesetze zu sorgen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wir hoffen, daß die Unzuträglichkeiten abgestellt werden, damit wir unsere Interpellation im nächsten Jahre nicht zu wiederholen brauchen.

Kriegsminister v. Goßler: Nach dem Kriegsleistungsgesetz liegt die Ausführung der Bestimmungen über die Ausmusterungen den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten ob. Im übrigen bin ich gern bereit, wenn einzelne Theile nahmhaft gemacht werden, hier Auskunft zu ertheilen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Roesicke-Kaiserslautern (B. d. L.), Herold (Z.), Graf v. Roon (K.) schließt die Besprechung dieser Interpellation.

Es folgt folgende Interpellation des Abg. Singer (SD.):

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften den chemischen Fabriken in Griesheim gegenüber außer Acht gelassen sind und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um derartige Ungesetzlichkeiten für die Zukunft zu verhindern?"

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Hoch (SD.): So beklagenswerth der Vorfall, auf den sich unsere Interpellation bezieht und den Sie wohl Alle aus den Zeitungen kennen, auch ist, würde er uns doch nicht zu der außergewöhnlichen Maßnahme der Interpellation veranlaßt haben, denn bei der heutigen Produktionsweise büßen ja alljährlich Tausende von Arbeitern Leben oder Gesundheit ein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Uns veranlaßt zu unserer Interpellation die Thatsache, daß die zuständigen Behörden in diesem Falle die Pflichten verletzt haben müssen, die ihnen durch Reichsgesetz zum Schutz der Arbeiter auferlegt sind. Wenn sich diese Vermuthung bestätigt, dann läge hier nicht ein unglücklicher Zufall vor, sondern dann können sich ähnliche Unglücksfälle in gleichen Betrieben jeden Augenblick wieder ereignen. Bei chemischen Betrieben besonders hat die zuständige Behörde vor der Genehmigung zu prüfen, ob erhebliche Gefahren oder Belästigungen für das Publikum dadurch herbeigeführt werden können. Daß das bei der chemischen Fabrik Elektron der Fall war, war sowohl den Behörden bekannt, wie der Betriebsleitung. Das geht hervor aus dem Gewerbeinspektionsbericht aus den Bezirken Kassel und Wiesbaden vom Jahre 1890 und aus dem Verhalten des Betriebsleiters Professor Lepsius, der unmittelbar vor der Explosion die Arbeiter aufforderte, sofort das Gebäude zu verlassen. Auch die Arbeiter wußten, was auf dem Spiele stand. Trotzdem ist gestern in der „Frankf. Ztg." eine amtliche Mittheilung des Frankfurter Polizeipräsidiums veröffentlicht worden, daß die bisherigen Erfahrungen mit der Pikrinsäure und die wissenschaftlichen Untersuchungen eine Explosion als ausgeschlossen hätten erscheinen lassen. Es ist bedauerlich, daß in dieser Weise von oben herab die Dinge vertuscht werden. Die Gefahr bei einer Explosion der Pikrinsäure war um so größer, als in unmittelbarer Nähe dieser Anlage sich ein riesiges Benzinlager befand. Was ist denn nun seitens der Betriebsleitung zum Schutze der Arbeiter geschehen? Es befand sich eine große Anzahl von Hydranten über und unter der Erde innerhalb der Fabrikanlagen und eine Dampfspritze. Aber im entscheidenden Moment versagten die Hydranten. Viel schlimmer aber ist es, daß man die Arbeiter nicht warnte, die gerade im Speisesaale vesperten, der in unmittelbarer Nähe der Feuerstelle lag. Mit der Fürsorge für die Arbeiter jener Fabrik steht es überhaupt überaus traurig. Für 2000 Arbeiter ist ein einziger Arzt angestellt, der außerdem noch eine ausgedehnte Privatpraxis hat. (Hört! hört! bei den Soz.) Wegen der Gefährlichkeit des Betriebes leiden die Fabriken an permanentem Arbeitermangel, und die Angestellten sind infolgedessen mit Arbeiten überlastet und das steigert natürlich die Zahl der Verletzungen. Die „Frankfurter Volksstimme" berichtet, daß kranke Arbeiter oft bis zu ihrem Tode in dem Schlafsaal der gesunden Arbeiter liegen gelassen werden und von da direkt nach dem Kirchhof transportirt werden in einer Weise und in einem Sarg, die helle Entrüstung der Ueberlebenden hervorrufen. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir fragen also den Reichskanzler, weßhalb die Pikrinsäureanlagen von den anderen Betrieben nicht so weit entfernt waren, wie es die Explosionsgefahr nöthig machte, weßhalb die Benzinlager nicht einen völlig gesicherten und für die Umgebung ungefährlichen Platz hatten, weßhalb das Feuerlöschwesen nicht in Ordnung gehalten und die nöthigen Vorbereitungen für den Fall einer Explosion nicht getroffen waren, und weßhalb die sanitäre Fürsorge für die Arbeiter in so arger Weise vernachlässigt worden ist. Das Unternehmen hat sich glänzend entwickelt, die Aktionäre bekommen hohe Dividenden, während sich die Arbeiter mit den traurigen Löhnen begnügen müssen. Hat sich die Behörde um all diese Dinge nicht gekümmert oder hat die Fabrikleitung unwahre Angaben gemacht? In dem Gewerbeinspektionsbericht aus Wiesbaden vom Jahre 1876 wird ausdrücklich darüber geklagt, daß es den Gewerbeinspektoren nicht möglich sei, die Konzessionsurkunden von den Inhabern konzessionspflichtiger Anlagen zu bekommen, ohne die eine richtige Kontrolle garnicht möglich ist. Bei Revision einer chemischen Fabrik habe es sich herausgestellt, daß sehr giftige Stoffe dort angefertigt wurden, wovon in der Genehmigungsurkunde nichts bekannt war. Ist damit die Griesheimer Fabrik gemeint, und hat die Betriebsleitung bis auf den heutigen Tag dem Gesetz ein Schnippchen geschlagen? Weiter muß festgestellt werden, wieweit die Berufsgenossenschaften ihre Pflicht gethan haben. Haben sie Unfallverhütungsvorschriften erlassen und ist ihre Durchführung kontrollirt worden? Auch die Betriebsleitung ist haftbar zu machen. Sie hat Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Allerdings, die Entscheidung über den Arbeiterschutz liegt bei den Kreis- und Bezirksausschüssen, in denen infolge des Dreiklassenwahlsystems keine Arbeiter sitzen. Der wirksamste Schutz gegen Unglücksfälle ist aber gerade die Heranziehung der Arbeiter bei Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften. Unerhört ist die Rücksichtslosigkeit der Behörden gegenüber dem Publikum, das bis gestern ohne amtliche Darstellung des Unglücks geblieben ist. Dazu kommt noch, daß man den Leuten in der Umgebung gleich in der ersten Zeit der Aufregung zu verstehen gegeben hat, daß sie auf Entschädigung keinen Anspruch hätten, weil es sich um keine Dampfexplosion handelte. Ganz ähnliche Zustände wie in Griesheim bestehen in den nahe dabei liegenden Höchster Farbwerken. Nach den erwähnten Thatsachen ist es klar, daß das Unglück nicht an einzelnen Personen, sondern an dem ganzen System liegt und daß ähnliche Unglücksfälle jeden Tag passiren können. Deshalb haben wir unsere Interpellation eingebracht (Bravo! b d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn die Sozialdemokraten eine solche Interpellation beabsichtigten, hätten sie besser damit noch einige Wochen warten sollen, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Vorher kann kein authentischer Bericht veröffentlicht werden. Ich will, da der neue Handelsminister durch die Geschäfte, die sein Amtsantritt im Gefolge gehabt hat, verhindert ist, heute hier zu erscheinen, (Heiterkeit) die Interpellation dennoch beantworten. Nach § 16 der Gewerbeordnung bedarf die Anlage von chemischen Fabriken der städtischen Genehmigung und diese Genehmigung ist von den nach den landesgesetzlichen Vorschriften zuständigen Behörden zu ertheilen. Das sind in diesem Falle der Bezirksinspektor und der Kreisausschuß. Es fragt sich also einfach, liegt eine Konzession für die Griesheimer Fabrik nicht vor, obwohl sie konzessionspflichtig ist? Das hat aber der Interpellant nicht behauptet. (Lachen links). Aus dieser Sachlage geht hervor, daß eine Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht vorhanden ist. Es wäre nun aber auch möglich, daß nicht alle Vorbedingungen, die nach dem Stande der Technik und Wissenschaft zu stellen sind, bei der Konzessionsertheilung beobachtet worden sind. Aber auch das ist nicht der Fall. Pikrinsäure ist an sich kein Explosivstoff, solange sie feucht ist. Erst beim Trocknungsverfahren wird es gefährlich. In Griesheim ist die Explosion erfolgt, als die Pikrinsäure noch im Stadium der Feuchtigkeit war. Die Explosion ist also in einem Stadium des Fabrikationsprozesses erfolgt, wie sie nach dem bisherigen Ergebniß von Technik und Wissenschaft ausgeschlossen erschien. Es liegt also eine vollkommen neue Erfahrung vor. Die Behörden trifft also kein Verschulden. Freilich wird zu prüfen sein, ob für Pikrinsäurefabriken nicht weitere Bedingungen zu stellen sind. Auch der Fabrikinspektor hat seine Schuldigkeit gethan. Die Fabrik wollte ein anderes Verfahren einführen, wozu eine Konzession noch nicht vorlag. Der Gewerbeinspektor hat wenige Wochen vor dem Unglück die Fabrik revidirt und gefunden, daß nach dem alten Verfahren fabrizirt wurde und daß alles in Ordnung war. Eine reichsgesetzliche Vorschrift ist also nicht verletzt worden. Nunmehr müssen nach den neuen Erfahrungen neue Vorschriften erlassen werden. Hierin wird sich der Reichskanzler mit den Einzelstaaten in Verbindung setzen, denen die Ausführungen vorbehalten bleibt. Zweifelhaft erscheint die Möglichkeit, allgemeine normative Bestimmungen von Reichswegen zu erlassen. Die Untersuchung wird streng geführt werden und für die Zukunft werden alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden.

Auf Antrag des Abg. Singer findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Müller-Fulda (Z.) verweist auf § 120e der Gewerbe-Ordnung und fordert den Bundesrath auf, auf Grund dieser Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der in solchem Betriebe wie dem Griesheimer beschäftigten Arbeiter zu treffen. Die Fabriken geben jetzt selbst zu, daß ihr Betrieb so gefährlich sei, daß sie wie Dynamitfabriken behandelt werden müssen.

Wurm (SD): Aus jedem Handbuch der technischen Chemie geht hervor, daß Pikrinsäure nicht bloß im trocknen Zustande, sondern auch dann explosiv wird, sobald es überhitzt wird. Das hat der Brand der Bauerschen Farbenfabrik in Elberfeld gezeigt. (Hört, hört!) Der Versuch der Elberfelder, die gefährliche Fabrik aus der Stadt zu entfernen, blieb erfolglos; aber der Gewerbeinspektor bestimmte wenigstens, daß die Arbeiter künftig die Räume, wo Pikrinsäure lagert, nicht mit gewöhnlichem Schuhwerk, sondern in Filzschuhen betreten dürften. Diese Bestimmung ist wörtlich entnommen den Vorschriften für Fabriken explosionsfähiger Körper. Der Gewerbeinspektor hat dadurch instinktiv gezeigt, daß er eine Explosionsgefahr annimmt. Der Vorwurf, den wir erheben, besteht darin, daß man nicht mit der Möglichkeit einer Explosion der Pikrinsäure in feuchtem Zustand infolge von Ueberhitzung gerechnet hat. Die Interpellation will, daß von maßgebender Stelle festgestellt wird, ob wirklich nur Pikrinsäure, Trinitrophenol in Griesheim hergestellt worden ist. In der „chemischen Zeitschrift" ist mit besonderem Stolz darauf hingewiesen worden, daß in Griesheim auch Trinitrophenol hergestellt würde, das in jedem Zustand explosionsfähig ist. Es muß nachgeforscht werden, ob nicht dieser Stoff bei der Explosion besonders in Mitleidenschaft gezogen worden ist. In der „Chemikerzeitung" ist die Ansicht ausgesprochen, daß die Pikrinsäure im Feuer austrock-

nete und dann explodirte. Wenn die Pikrinsäure explosionsfähig ist, so hätten doch die Vorschriften für die Errichtung der Fabrik so getroffen werden müssen, daß die nöthigen Vorsichtsmaßregeln angewendet werden. Der Staatssekretär ist uns noch Auskunft schuldig über die weitere Frage: wie steht es mit der ungeheuren Menge Benzin, die in der Nähe der Fabrik lagerte? Waren die Benzinlager mit einer automatischen Vorrichtung versehen, die den Benzingasen, wenn das Benzin brennt, den Abzug gestattet? Es ist an sich unverantwortlich, daß eine halbe Million Liter Benzin da lagert und daß sich in der Nähe eines so brennbaren Stoffes Pikrinsäure befindet. Sobald eine Explosion erfolgte, geriethen die Benzinlager in Brand, und dann bestand die Gefahr, daß die ganze Ortschaft Schwanheim geradezu vom Erdboden verschwunden wäre. Wie kommt es, daß eine solche Fabrik unmittelbar an einer belebten Wasserstraße und an der Landstraße errichtet werden durfte? Braucht eine solche Fabrik eine Wasserstraße, dann kann sie einen Kanal bauen. Für den ganzen Betrieb von Griesheim hätten die Vorschriften über die Sprengstoffabriken angewendet werden müssen. Ob bei größerer Aufmerksamkeit der Fabrikleitung die Explosion hätte vermieden werden können, kann heute noch nicht entschieden werden. Viel Unglück kann aber abgewendet werden, wenn man die Arbeiterschaft mit zur Gewerbe-Inspektion heranziehen wollte. Ich erhebe keinen Vorwurf gegen den Beamten, an der Methode liegt es. Nur wenn man beständig im Betriebe zu thun hat, weiß man Bescheid. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Brandkasse will nicht zahlen, weil eine Explosion vorgekommen sei. Wenn die Untersuchung feststellt, daß eine Explosion vorlag, die nach den bisherigen Erfahrungen nicht erwartet werden konnte, dann hat die Fabrik, der ein bequemerer Betrieb erlaubt war, einen materiellen Vortheil gehabt und ist also nicht bloß moralisch, sondern auch juristisch zum Schadenersatz verpflichtet. Hier muß die Regierung einschreiten. Entschieden muß ich mich gegen den amtlichen Polizeibericht, den gestern das Abendblatt der „Frankf. Ztg." gebracht hat, wenden. Der Staatssekretär erklärt, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, die Polizeibehörde aber behauptet schlankweg, die Explosion sei nur durch besondere nicht vorherzusehende Umstände erfolgt und für die Benzinlager hätte keine Gefahr bestanden. Mit solcher Bestimmtheit sollten solche Erklärungen nicht abgegeben werden. Ich hätte den Wunsch, daß die Vorschriften über die Aufbewahrung von Pikrinsäure verschärft würden. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Brand in den Bauer'schen Fabriken in Elberfeld ist aus ganz anderen Ursachen entstanden als der in Griesheim. Wenn wir unter die Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes alle explosiblen Stoffe bringen würden, dann würden auch Spiritus und Petroleum dahin gehören, und das würde zu weit gehen. Ich will nicht mit Herrn Wurm, der Chemiker ist, streiten, ob Pikrinsäure durch Ueberhitzung explosiv wird. Mir scheint die Vermuthung näher zu liegen, daß in Folge des Brandes in Griesheim die feuchte Pikrinsäure eingetrocknet ist und dann brennende Theile des Daches herabgestürzt sind und sie zur Explosion gebracht haben.

Ein Regierungskommissar: Von dem Bezinlager ging keine Gefahr aus, das haben die Thatsachen bewiesen. Der in Frage kommende Gewerbeinspektor hat alles gethan, was auf Grund der bisherigen Erfahrungen möglich war. Von Seiten der Regierung wird in Erwägung gezogen werden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um solche Unglücksfälle für die Zukunft zu verhüten.

v. Kardorff (RP.): Ich wundere mich, daß die Sozialdemokratie, die hier über das Griesheimer Unglück interpellirt, sich noch nicht darum bekümmert hat, daß durch die Berliner elektrischen Bahnen soviel Leute totgefahren werden. Ich verstehe überhaupt nicht, weshalb man die Berliner Straßen für die elektrischen Bahnen freigegeben hat. Die Pferdebahnen gingen doch genau so schnell.

Schrader (FVg.) hofft, daß die Untersuchung nach allen Seiten hin unparteiisch geführt werde. Eine schärfere Ueberwachung der chemischen Fabriken durch Sachverständige wäre wünschenswerth.

Singer (SD): Wir konnten mit unserer Interpellation deshalb nicht bis zum Schluß der Untersuchung warten, weil wir hauptsächlich bezweckten, ähnlichen Unglücksfällen vorzubeugen. Das konnte nicht früh genug geschehen. Herr v. Kardorff kennt jedenfalls die Verhandlungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung nicht, sonst hätte er seinen Vorwurf gegen uns nicht erheben können. Uebrigens möge er sich lieber an den Herrn Eisenbahnminister von Thielen wenden, den er ja immer vertheidigt, denn dieser hat die Konzession der Großen Berliner vor kurzem erst um 30 Jahre verlängert. Daß Herr v. Kardorff als Kämpfer gegen die elektrischen Bahnen auftritt, ist ja selbstverständlich. Der Verbrauch von Pferden und Hafer wird ja durch die Verdrängung der Pferdebahnen eingeschränkt. (Heiterkeit.)

v. Kardorff (RP.): Ich weiß nicht, wenn ich den Herrn Eisenbahnminister Thielen vertheidigt hätte. Etwa bei der Kanalfrage . . .

Präs. Graf Ballestrem: Die Kanalvorlage wollen wir doch fallen lassen. (Heiterkeit.)

Singer (SD.): Bei der Vertheidigung der rigorosen Maßregeln gegen die staatlichen Arbeiter durch den Herrn Eisenbahnminister hat Herr v. Kardorff ihn vertheidigt. (Sehr richtig! b. d. Soziald.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die Interpellation des Abg. Frhr. von Hodenberg (Welfe):

„Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler zur Befreiung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionare unternommen und welche Erfolge hat er in dieser Richtung erzielt?"

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erklärt sich bereit die Interpellation zu beantworten.

Frhr. v. Hodenberg (Welfe) begründet die Interpellation: Bekanntlich haben gerade die deutschen Missionare dafür gesorgt, daß die Eingeborenen in Südafrika sich sehr ruhig verhalten haben. Trotzdem ist von Seiten der Engländer, auch der Offiziere, sehr rigoros gegen sie vorgegangen. Die Missionare sollen sich nicht streng neutral verhalten haben. Denunziationen nach dieser Richtung sind wohl meist böswilligen Ursprungs. Die Gefangennahme unserer Missionare ist ein Hohn auf andere politischen Zustände, und die Reichsregierung ist nicht ganz schadlos daran.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen: Das Auswärtige Amt hat betreffs der Missionäre seine volle Schuldigkeit gethan. Wahrscheinlich wird die jetzt in London tagende Konferenz die Ansprüche der Missionare auf Schadenersatz anerkennen. Die meisten Missionare befinden sich nicht in englischer Gefangenschaft, sondern in den Flüchtlingslagern, die von den Engländern aus militärischen Gründen gebildet sind. Wenn übertriebene Härten vorgekommen sind, ist das Auswärtige Amt eingeschritten.

In der Besprechung der Interpellation äußern sich hierauf die Abgg. Dr. Bachem, Oertel und Hasse im Sinne des Interpellanten.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (3. Lesung des Weingesetzes. Antrag Groeber (Z.) betr. Diäten für Reichstagsabgeordnete. Anträge Albrecht (SD.) und Trimborn (Z.) betreffend die Gewerbegerichte.)

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Den langen Mäller kann ich noch einmal gut brauchen!" so soll sich der Kaiser geäußert haben, als er das Denkmal des Großen Kurfürsten auf der Sparenburg bei Bielefeld einweihte. Der Ausspruch erinnert an die Worte, die der Kaiser s. Z. an den Frankfurter Oberbürgermeister Miquel richtete: „Sie sind mein Mann."

Aus der Vorgeschichte des Miquel'schen Sturzes werden noch immer allerlei Einzelheiten mitgetheilt, die auf das Verhältniß zwischen Bülow und Miquel Licht zu werfen geeignet sind. So liest man in der „Voss. Ztg.":

„Ob Herrn v. Miquel die Ernennung des Grafen Bülow zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten willkommen war, wer will es wissen? Aber man könnte es begreifen, wenn dem Grafen Bülow nichts unerwünschter war, als seine Regierung in Preußen mit dem Kanalkampf zu eröffnen. Er hatte sich für die Kanalfrage bis dahin kaum interessirt, er hatte sich für sie nicht ereifert, er war nicht vorbereitet, sie mit aller Thatkraft durchzufechten. Ihm wäre also, wie man annehmen darf, eine Wartezeit nicht unlieb gewesen. Da war es im Staatsministerium kein anderer, als Herr von Miquel, der die sofortige Einbringung der Kanalvorlage verlangte und durchsetzte. Den Kanal? „Wir reißen ihn schon durch!" Der Ministerpräsident fügte sich, weil auch ihm daran liegen mußte, die Autorität der Krone zu wahren. Aber da ihm nicht überlassen werden sollte, den Zeitpunkt für den Kampf zu bestimmen, so gab er die Führung des Kampfes in erster Reihe auch dem zuversichtlichen Vizepräsidenten des Staatsministeriums anheim. Ob Herr von Miquel hoffte, mit der Kanalvorlage den Grafen Bülow in eine Lage zu bringen, die ihn zum Rücktritt nöthigen könnte, ist nicht festzustellen. Gesagt hat er noch vor kurzem, Bülow werde sich früher abwirthschaften als er. Aber vielleicht war ihm nicht bekannt, daß schon vor Monaten das Wort gesprochen war: „Wenn der Kanal diesmal fällt, so fliegt Miquel." Und als sicher war, daß der Kanal diesmal falle, da machte Herr v. Miquel in der vertraulichen Berathung der Staatsminister den Vorschlag, das Abgeordnetenhaus nicht nur zu schließen, sondern es aufzulösen. (!!) Neuwahlen, so lange Miquel im Ministerium sitzt! Ach nein, daran dachte Graf Bülow nicht einen Augenblick. Darüber kann man mit andern Ministern reden. Und somit wurde nur der Schluß der Session vereinbart. Und Herr v. Miquel wollte nicht einsehen, daß er nun gehen konnte. Da mußte er dann freilich „fliegen". Nur daß es ihm erspart wurde, durch Herrn v. Lucanus zur Einreichung des Entlassungsgesuches aufgefordert zu werden. Es ist richtig, daß sich der Reichskanzler selbst der Mühe unterzog, Herrn von Miquel auf die Gesundheitsrücksichten hinzuweisen, und so wurden im Kastanienwäldchen die Koffer gepackt und wurde Herr v. Miquel „aus allerhöchstem Vertrauen" Mitglied des Herrenhauses."

In einem Berliner Antisemitenblatte, das in letzter Zeit mehr und mehr das Vertrauen Miquels und seiner Leute gewonnen hatte, heißt es im Tone bitterster Resignation:

„Einer preußischen Ministerherrlichkeit geht es heutzutage wie der Blume auf dem Felde, von der der Psalmist singt: Wenn der Wind darüber fährt, so ist sie nimmer da, und ihre Stätte kennet man nicht mehr. Am 11. März des Jahres 1892 erklärte Herr v. Caprivi im preußischen Abgeordnetenhause unter zustimmendem Kopfnicken seines neben ihm sitzenden Kollegen von Zedlitz-Trützschler in Bezug auf das Volksschulgesetz: „Wir werden zeigen, daß wir auch gegen den Strom schwimmen können, wir werden unter allen Umständen das Volksschulgesetz zu stande bringen." Am nächsten Tage war Kronrath und am Abende war Herr v. Caprivi halbirt, er war nicht mehr Ministerpräsident und Herr v. Zedlitz-Trützschler gehörte zu den Ministern außer Diensten. Nicht lange darauf wollte es der Zufall, daß der Justizminister eine Konferenz mit seinen Räthen leitete. Mitten in seiner Rede wird er hinausgerufen, weil Herr von Lucanus ihn im Vorzimmer erwartete. Herr von Schelling kehrte nicht mehr in den Sitzungssaal zurück, er war Minister aus Diensten. Ebenso schnell verschwanden die Herren v. Marschall und v. Bötticher von der Bildfläche, obwohl diese Herren noch immer nicht an die Scheidestunde glauben wollten. Herr von Miquel verfällt jetzt demselben Schicksal, er hat wohl nicht geglaubt, daß unmittelbar vor den entscheidenden Berathungen des Staatsministeriums über den Zolltarif seine Amtsthätigkeit ein schnelles Ende erreichen werde. Er räumt zur Zeit den Schubkasten seines Tisches auf und denkt nach über die Wandelbarkeit alles irdischen Glücks. Er war der Mann des Kaisers und hat als solcher die Finanzen des preußischen Staates stark gemacht, er scheidet in Ungnaden, nachdem es ihm seit fast zwei Jahren nicht mehr vergönnt war, dem Kaiser Vortrag zu halten und sich mit ihm in persönlichem Gedankenaustausch über politische Fragen zu verständigen. Es wäre vielleicht besser gewesen, Herr v. Miquel hätte beim Amtsantritt des Grafen von Bülow seine Entlassung genommen."

Die Richtigkeit der vorstehenden Mittheilungen vorausgesetzt, so geht daraus hervor, daß der persönliche Verkehr der Minister mit dem Kaiser in dienstlichen Angelegenheiten nur ganz minimal ist, und die Minister scheinen damit auch einverstanden zu sein.

Interessant ist noch eine Mittheilung des Berliner Korrespondenten der „Frankf. Ztg.", wonach man an hoher Stelle einen schrofferen Abgang für Miquel gewünscht und sich in der Stimmung des Zerschmetterns befunden habe. Lediglich dem Reichskanzler Bülow habe der Exkommunist den schonenden Abgang zu verdanken.

Ueber den neuen Polizeiminister schreibt unser Centralorgan: Der zum Minister des Innern ernannte Frhr. v. Hammerstein führte bisher in Metz ein Verwaltungsregiment, das selbst für reichsländische Verhältnisse ungewöhnlich reaktionär war. Unter ihm erfolgten massenhafte Verbote und Auflösungen politischer Versammlungen. Neuerdings wurden sogar gewerkschaftliche Organisationen nicht genehmigt, trotz der gegentheiligen richterlichen Entscheidungen über die Geltung des § 152 der Gewerbe-Ordnung. Herr v. Hammerstein wird also sicherlich nicht hinter Vorgängern wie Köller und Recke zurückstehen.

Die aus Südafrika ausgewiesenen Deutschen hatten an den Reichstag eine Petition gerichtet, worin sie ersuchten, Schritte thun zu wollen, damit ihnen eine entsprechende Entschädigung zu Theil werde. Bei der Berathung dieses Gegenstandes in der Petitionskommission machte, wie man dem „Vorwärts" mittheilt, Legationsrath v. Dirksen als Vertreter des Auswärtigen Amts sehr interessante Angaben. Es ging daraus hervor, daß die Reichsregierung es sich nach Möglichkeit hat angelegen sein lassen, den Ausgewiesenen, deren Zahl 180 (darunter 66 Eisenbahn-Angestellte) beträgt, zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Regierungskommissar drückte sich dahin aus, daß „bei der Ausweisung stellenweise mit einer Grausamkeit und Rohheit verfahren ward, die im höchsten Grade bedauerlich" sei. Er erwähnte die bis dahin noch nicht bekannte Thatsache, daß die englischen Befehlshaber durch systematische Beschränkung der Zufuhren die Leute, denen sie aus keinerlei Grü den sonst beikommen konnten, dem Verhungern nah gebracht und ihnen dann freie Ueberfahrt nac Europa gewährt haben gegen Unterschreibun eines Reverses, daß sie keinerlei An sprüche gegen die englische Regierung wei ter hätten. Für diese Leute lasse sich leider weite nichts thun bei der englischen Regierung; ebenso könne di Reichsregierung nicht eintreten für die Schadensersatzansprüch der Leute, die der Reichszugehörigkeit verlustig gegangen sin Die Verhandlungen zögen sich leider unabsehbar in die Läng da die englische Regierung die Fünfmann-Kommission, der si die Untersuchung übertragen habe, erst zur Prüfung der An sprüche nach Südafrika senden wolle. Die Reichsregierung hab es erwirkt, daß als ihr Vertreter Herr Dr. Sieveking au Hamburg die Kommission nach Südafrika begleiten könn Dagegen habe es die englische Regierung abge lehnt, einen Vorschuß von 5000 Pfund (100 000 Mk der Reichsregierung zur vorläufigen Linderung der Not unter den Ausgewiesenen zur Verfügung zu stellen. In de Diskussion wurde allseitig anerkannt, daß die Reichs regierung in diesem Falle ihrer Pflicht, die Interessen de Reichsangehörigen im Auslande wahrzunehmen, vollauf nac gekommen sei. Abgeordneter Ledebour (SD.) betont daß die Mittheilungen des Kommissars über das Aus hungerungssystem bestätigen, daß die englisch Regierung planmäßig darauf ausgeht, all nicht englischen Bevölkerungselemente au dem Gebiet der südafrikanischen Repu bliken herauszudrängen. Was die Unterstützun der Ausgewiesenen anbetrifft, so warf er die Frage auf, o die Reichsregierung nicht darauf hinwirken könne, daß in de nämlichen Weise, wie deutsche Bankiers zu Beisteuern zu Linderung der Hungersnoth in Indien aufgefordert wurden jetzt auch eine solche Aufforderung zur Lindern der Noth unserer verhungernden ausge wiesenen Landsleute erlassen würde. In beide Fällen trage die englische Regierung di Schuld an den Leiden der Hungernden. D nun das deutsche Hemd uns doch näher sei als der englisch Rock, so würde eine solche Aufforderung sicher wieder eine schönen patriotischen Eifer in der Aufbringung von Geld mitteln beweisen. Der Regierungsvertreter e kannte die Schlußfolgerung Ledebours als berechtigt an, da die englische Regierung es auf die Verdrängung der nich englischen Elemente aus den südafrikanischen Republiken ab gesehen habe, meinte aber, auf die letzte Anfrage nich eingehen zu können. Die Petition wurde dann dem Reichs kanzler zur Erwägung überwiesen. — Lord Roberts, de zum guten Theil für die Ausweisungen und für die Aus hungerungspolitik verantwortlich ist, wird nun seine „Schwarzen Adler" mit ganz besonders stolzen Em pfindungen tragen! Wenn nun aber die Regierung vo Haiti verfahren wäre wie die englische, was wäre dan wohl geschehen?

Alt, aber nicht veraltet. Im Jahre 1855 richte der damalige preußische Ministerpräsident Otto von Man teuffel, ein Exreaktionär, eine Denkschrift an den nur wenig Zeit darauf im Blödsinn zu Grunde gegangenen phantast schen König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, in de er ihm eine eindringliche Warnung vor Staatsstreiche ertheilt. Der „Romantiker auf dem Thron", wie man de ziellos hin- und herpendelnden vierten Friedrich Wilhel genannt hat, trug sich nämlich mit dem Lieblingsgedanke die Verfassungsurkunde durch einen „Frei brief" zu ersetzen, in dem den Abgeordneten nur die Bewilligung der Abgaben, nicht aber das Gesetzgebungsrec im Allgemeinen zugestanden werden sollte. Dabei ist no zu bedenken, daß selbst diese, die im wesentlichen heute no bestehende preußische Verfassung durch einen Staats streich eingeführt worden ist.

Ministerpräsident v. Manteuffel wies in seiner Den schrift den König darauf hin: „Die Bedingung der Existen Preußens und sein Grundgesetz ist die Monarchie — ei Monarchie, welcher der Monarch selbst sich unterordnet — eine ungeschwächte königliche Gewalt, welche die Quelle ihre Kraft in der göttlichen Berufung ihres Trägers und in de freiwilligen, aber vollständigen Unterordnung unter d Interessen des Staates findet. Eine Monarchie, welch keine Feindin, sondern die Burg wahrer Freiheit, dere Politik keine Hauspolitik, sondern eine Staatspolitik ist. Manteuffel erinnert den König daran: „Es würde de Interessen des Staates zuwiderlaufen, wenn der Monar an die Stelle eines beschworenen Gesetzes dasjenig subjektiver Ansichten, d. h. der Laune und Willkü treten lassen wollte. Selbst ein gutes Zie könnte durch einen solchen Weg zu eine unheilbringenden und die gute Absicht z einem Verbrechen führen." Bei einer Oktroyirung ein neuen Verfassung werde sich unzweifelhaft dem Volke d Ueberzeugung aufdrängen, „daß der Eid eines Kö nigs gebrochen sei, wenn ohne hinreichende Vera lassung oder bei der Zurückweisung ungerechtfertigter, de Instinkte des Volkes widersprechender Zumuthungen e Staatsstreich ausgeführt würde. Mit einer solchen Ve letzung eidlicher Pflichten giebt der Monarch sich und sei Dynastie den größten Gefahren preis. Alle Mittel, m denen man in solchen Fällen sich selbst sein Gewissen zu b schwichtigen suchen oder es durch andere zu beruhigen suche wird, werden erfolglos sein. Gott läßt seiner nicht spotte und er hat der Welt nur ein sittliches Gesetz gegeben, nic eines für das Volk und ein anderes für die Fürsten." „E mag in der Stellung eines Monarchen," schreibt Herr von Manteuffel, „die Versuchun leicht vorhanden sein, daß er eigentli gar keiner Minister bedürfte, welch ein selbstständiges Urtheil haben, da vielmehr die Minister nur Personen sind welche Befehle empfangen, um sie durch Unte behörden und Unterorgane wieder ausführen zu lassen. Ei solche Auffassung dürfte indessen weder richtig noch auch ihren Konsequenzen frei von Bedenken sein." „Die Kabinett räthe, Adjutanten und Sekretäre seiner Majestät können n seine unmittelbaren Diener, nie seine Rathgebe sein." „Niemals haben gehorsame Minister d Dynastien oder Staaten vor dem Untergange bewahr können."

Ganz recht, was der reaktionäre Ministerpräsident dem Könige sagte; aber gerade in Preußen blühte je und

die Kamarillawirthschaft. Schon der Wiederhersteller Preußens nach der Zeit tiefsten Verfalls, der Reichsfreiherr v. Stein, hatte den Vater des vierten Friedrich Wilhelm in einer Eingabe vom April 1806 auf die Gefahren einer unverantwortlichen Nebenregierung hingewiesen, indem er schrieb: „Die Kabinettsbehörde verhandelt, beschließt, fertigt aus in der Gegenwart des Königs und im Namen des Königs. Sie hat alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktionirt. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge, der Ausführung, die Unterwerfung unter die öffentliche Meinung. Alle Einheit unter den Ministern selbst ist aufgelöst, da sie unnütz ist, da die Resultate aller ihrer Ueberlegungen, ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse von der Zustimmung des Kabinets abhängen. Der Monarch lebt in Abgeschiedenheit von seinen Ministern. Eine Folge dieser Lage ist die Einseitigkeit in den Eindrücken, die er erhält, in den Beschlüssen, die er faßt, und Abhängigkeit von seinen Umgebungen." Stein wurde für seine Eingabe damit belohnt, daß er „als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger Staatsdiener, der aus Kaprizen, Leidenschaften und persönlichem Haß handelt", seines Dienstes entlassen wurde. Bismarck sprach das Wort, daß „die Adjutanten regieren." — Wenn's nur immer nur „Adjutanten" gewesen wären!

Kleine politische Nachrichten. Der Reichstagsabgeordnete und Chefredakteur der „Leipz. Volksztg.", Genosse Dr. Bruno Schönlank, ist seit etwa einem halben Jahre schwer nervenkrank. In der letzten Zeit hat sich sein Leiden derart verschlimmert, daß er Montag Nacht in eine Heilanstalt überführt werden mußte. Hoffentlich findet dort unser Genosse bald Genesung von seinem schweren Leiden! — Der Reichstag wird, das ist das Ergebniß der gestrigen Sitzung des Seniorenkonvents, wahrscheinlich vom 14. Mai bis 4. Juni Ferien machen, da verschiedene wichtige Vorlagen, wie das Branntweinsteuer-Gesetz, das Handelsprovisorium mit England, die Verordnung wegen des Zollkrieges mit Haiti, die Seemannsordnung und verschiedenes Andere erledigt werden müssen, was vor Pfingsten kaum möglich sein wird. Die Kommission für das Süßstoffgesetz hat Dienstag Vormittag das Gesetz mit 10 gegen 7 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. — Sogar schon die Kommissionen des Reichstages beginnen jetzt beschlußunfähig zu werden. Die Budgetkommission ging an diesem Dienstag auseinander wegen Beschlußunfähigkeit. Auf der Tagesordnung stand die Resolution Klinckowström. Nette Zustände! — Eine Reichstagskandidatur des Herrn von Miquel stellt der „Hamb. Corr." in Aussicht. Es ist schade, daß Herr v. Miquel es mit den Nationalliberalen so gründlich verdorben hat, daß er nicht Möller's Nachfolger im Wahlkreise Mülheim-Duisburg werden kann. Er muß also warten, bis ein konservativ-agrarischer Wahlkreis frei wird. Aus andern als aus rein-agrarischen Händen wird er auch wohl schwerlich ein Reichstags-Mandat entgegennehmen. — Die Nachricht der „Freis. Ztg.", Miquel, Hammerstein und Brefeld hätten einen Zoll von 6 Mark für Getreide verlangt, um den Kanal durchzubringen, wird von den Krupp'schen „Berl. Neuest. Nachr." entschieden dementirt. Graf Bülow habe sich vielmehr gegen jede Verquickung des Zolltarifs mit der Kanalfrage ablehnend verhalten. Weßhalb dementiren „Reichsanz." oder „Nordd. Allg. Ztg." die Nachricht nicht? — Der Unterstaatssekretär im Reichspostamt, Fritsch, hat seinen Abschied nachgesucht. An seiner Stelle ist der Direktor im Reichspostamt, Sydow, in Aussicht genommen. Die Unterstaatssekretäre bei der Post scheinen militärische Sitten anzunehmen und um ihren Abschied einzukommen, wenn sie sich an der Reihe glauben, zu Ministern ernannt zu werden und ein jüngerer Beamter ernannt wird. — Die Gesellschaft für soziale Reform, an deren Spitze bekanntlich der frühere Handelsminister Berlepsch steht und der Lieber, Pachnicke, Röficke und andere „bürgerliche Reformer" angehören, hielt am Sonnabend im Reichstag eine Ausschußsitzung ab. In zwei Resolutionen wurden Reichsgesetze zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und auf Aufhebung der der Theilnahme der Frauen an sozialpolitischen Bestrebungen entgegenstehenden landesgesetzlichen Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsgesetzgebung gefordert. — Sämmtliche thüringischen Staatsregierungen haben offiziell ihre Zustimmung zu der geplanten Errichtung eines gemeinsamen thüringischen Oberverwaltungsgerichts ertheilt. Als Sitz des neuen Gerichtshofes ist Jena bestimmt. — Aus Sosnowice wird berichtet: Ein großer Theil der anläßlich des 1. Mai verhafteten russischen Sozialisten ist Sonntag aus der Festung Petrikau wieder freigelassen worden. Nur einige großpolnischer Umtriebe verdächtige Personen wurden angeblich noch in Haft behalten. — Der schwedische Marineminister Dyrssen, dem der Kammerausschuß bekanntlich ein Mißtrauensvotum ausgestellt hatte, hat Dienstag seine Entlassung eingereicht. — Die zweite holländische Kammer nahm das Militärgesetz mit 59 gegen 38 Stimmen an. Dadurch wird die jährliche Aushebung von 11 000 Mann auf 17 000 Mann gebracht und die Nationalgarde durch die Landwehr ersetzt. — Im englischen Unterhaus wurde am Montag nach langer lebhafter Debatte der Bericht über den Kohlenausfuhrzoll mit 333 gegen 227 Stimmen angenommen. Grey, Asquith und andere Liberale, sowie verschiedene Konservative sprachen gegen den Zoll. Balfour bestritt, daß durch den Zoll die englischen Kohlenproduzenten ihren Markt in den skandinavischen Häfen, in Deutschland oder sonst irgendwo auf dem Kontinent verlieren würden; die durch den Zoll hervorgerufenen Befürchtungen seien grundlos. — Die Bergarbeiterkonferenz des vereinigten Königreichs, die Dienstag in London abgehalten wurde, um in der Frage des allgemeinen Ausstandes als Protest gegen den Kohlenzoll zu entscheiden, vertagte sich, um vor der Entscheidung erst die Ansichten der Grubenbesitzer kennen zu lernen. Es ist jetzt, so heißt es in den offiziösen Meldungen, wenig Aussicht vorhanden, daß es zu einem allgemeinen Ausstande kommen wird. — Ein karlistisches Waffendepot ist von der spanischen Polizei bei Bagnolas in Katalonien entdeckt worden. In dem Versteck befanden sich 120 Gewehre, 43 Gewehrläufe, 212 Seitengewehre, 6 Kisten mit 16 000 Patronen und 30 000 Patronenhülsen, sowie andere Ausrüstungsgegenstände. — Nach Meldungen, die der serbischen Regierung zugingen, überfielen Arnauten das vier Stunden von der Grenze gelegene serbische Dorf Perunicka, tödteten einen Einwohner Namens Krimanowitsch und raubten eine Menge Vieh. — In Konstantinopel sind zwei angebliche Anarchisten verhaftet worden; man soll bei ihnen Plakate mit Todesdrohungen gegen den Sultan gefunden haben. Welcher Polizist mag sich denn da wieder einen Backschisch verdienen wollen? — Zwischen der Pforte und den Botschaftern in Konstantinopel ist bezüglich der fremden Postämter ein ernster Konflikt entstanden. Die am Montag abgehende Briefpost wurde zurückgehalten, die einlangenden Tagesposten geöffnet und durch die türkischen Behörden zugestellt, was sich als eine Verletzung der Rechte der fremden Posten darstellt. Gleichzeitig richtete die Pforte an die Botschafter eine Note, in der sie die sofortige Aufgabe der fremden Postämter in der Türkei verlangt. — Die Zustände in Colombia sind, wie man dem „B. T." aus New-York kabelt, trostlos. Die Regierung hat die größte Mühe, um nur Panama sowie die sonstigen Hauptplätze gegen die Guerillabanden zu vertheidigen. — In Manila (Philippinen) ist eine Civilregierung eingesetzt; die amerikanische Armee soll auf 40000 Mann reduzirt werden; die Beruhigung des Landes scheint also gute Fortschritte zu machen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die Buren haben ihre befestigte Stellung in Hartebeestfontein verlassen und sich nach verschiedenen Richtungen gewendet. Ein großer Theil unter dem Kommande Delareys ist nach Süden abgezogen, andere in nördlicher Richtung. Es ist demnach den Engländern nicht gelungen, Delarey zu fassen und zu stellen.

Die Buren haben bei Detuin, westlich von Kenhardt und am Swartkoop, 15 Meilen südlich von Brandvlei Lager aufgeschlagen und legen Verschanzungen in den mittleren Gebieten der Kapkolonie an. Einzelne Burenabtheilungen sind mit den Engländern ins Gefecht gekommen. Eine Abtheilung des Burenkommandos unter Kruizinger verbrannte bei Royner einen Zug mit Lebensmitteln. Wie hieraus ersichtlich, ist die Kapkolonie noch lange nicht von Buren gesäubert. Alle früheren diesbezüglichen Meldungen waren einfach Schwindel.

Nach Burenmeldungen schloß sich das Kommando Britz, 250 Mann stark, dem Kommandanten Christian Botha an, dessen Truppe 350 Mann nebst zwei Geschützen zählt. Das vereinigte Kommando steht jetzt östlich von Wetrokfontein, Oberst Bulloch hatte Sonntag ein Gefecht mit dieser Kolonne. Das Ergebniß ist, wie englischerseits dazu bemerkt wird, noch unbekannt, womit wohl gesagt werden soll, daß das Gefecht für die Engländer wenig angenehm verlaufen ist.

Wie der „Standard" aus Brüssel meldet ist die Delagoabahn wieder zerstört worden.

Im englischen Unterhause erklärte Montag Chamberlain auf eine Anfrage, seit dem 1. Januar sei in Transvaal kein Gold produzirt. Am 4. Mai hätten 50, Montag noch 100 Pochwerke den Betrieb begonnen. Der Kriegsminister erklärte, die Zahl der in Südafrika gefangen genommenen Ausländer, die behaupten, daß sie nicht Burghers seien, sei folgende: 40 Franzosen, 150 Deutsche, 29 Russen und 23 Amerikaner. Hingegen behaupten Burghers zu sein: 5 Franzosen, 123 Deutsche, 13 Russen und 13 Amerikaner. Es bestehe nicht die Absicht, vor Beendigung des Krieges irgend welche Gefangene freizulassen. Das kann aber noch sehr lange dauern!

China.

Vom Chinawirrwarr. Die „offene Thür" in China wird von Amerika dringend gefordert. In Washington wird dem „Reuterschen Bureau" die Nachricht bestätigt, daß die Vereinigten Staaten darauf hinarbeiten, ganz China dem Handel der gesammten Welt zu öffnen, und daß sie hierbei Unterstützung finden.

Zur Deckung der Kriegskosten hat bekanntlich der Ausschuß der Gesandten u. a. auch die Erhebung von neuen Zöllen vorgeschlagen. Die Handelskammer in Schanghai richtete an die Handelskammern in Berlin, London, Paris und New-York eine Protestkundgebung gegen den Vorschlag der Gesandten in Peking, den Zoll zu erhöhen, da ein solches Vorgehen gegen die bestehenden Verträge verstoßen würde.

Die Entsendung einer besonderen Gesandtschaft an die europäischen Höfe mit Vorschlägen zur Lösung der Chinafrage wird nach den „Nowosti" von der russischen Regierung beabsichtigt.

Graf Waldersee meldet vom 6. Mai aus Peking: Leutnant v. Kummer vom Reiterregiment stieß mit einer Patrouille 200 Kilometer westlich von Kalgan bei Ningjuanhsing auf feinliche Kavallerie. Sein Angriff war erfolgreich. Waldersee meldet ferner aus Peking: Eine 161 Meter lange Eisenbahnbrücke über den Peitangho bei Hankau ist durch die zwei Eisenbahnbaukompanien des Majors Gerhard neu gebaut und vierzehn Tage vor dem Vertragstermin fertiggestellt worden.

Ueber 53 Schuldige in der Provinz verhängt ein in der „Pekinger Zeitung" veröffentlichtes Edikt des Kaisers von China Strafen, und zwar in drei Fällen die Todesstrafe. In keinem der Fälle sind deutsche Interessen direkt betheiligt, weshalb, wie offiziös dazu bemerkt wird, von deutscher Seite die Beurtheilung der Frage, in wie weit die Strafen erforderlich und ausreichend erscheinen, den Vertretern der anderen Mächte überlassen worden ist.

In der Nothwehr hat, wie der „Tägl. Rundschau" über Paris aus Tientsin gemeldet wird, ein deutscher Polizeisoldat den russischen Offizier Telekowski erschossen.

Nach Tuans Schicksal erkundigte sich am Montag im englischen Unterhause der Abg. Dillon. Der Unterstaatssekretär Cranborne erwiderte: Prinz Tuan sei zu lebenslänglicher Einkerkerung in Turkestan verurtheilt worden. Das Urtheil sei vollstreckt und es sei das Versprechen gegeben worden, daß niemals eine Umwandlung des Urtheils erfolgen werde. Diese Entscheidung sei im Einklang mit den Anschauungen der Mehrheit der in Peking vertretenen Mächte. Tungfuhsiang sei nach Kansu in die Verbannung geschickt worden, woselbst er keiner weiteren Bestrafung entgegensehe.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 8. Mai.

Lohnbewegung der Schauerleute. In einer am Montag Abend stattgefundenen Versammlung der hiesigen Schauerleute wurde nach längerer Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da in den letzten Jahren die Wohnungsmiethen und die Preise sonstiger zur Lebenshaltung nöthiger Bedarfsartikel sehr gestiegen sind, sehen sich die hiesigen Schauerleute veranlaßt, mit einer Forderung auf Erhöhung der Löhne an die hiesigen Rhedereien heranzutreten. Da nun aber von Seiten des Rhedereivereins zu minimale Zugeständnisse gemacht worden sind, insbesondere eine Erhöhung des Tagelohns nicht bewilligt werden soll, so erklärt die heutige Versammlung der Schauerleute Lübecks, an der Forderung, wie sie nach einer nochmals vorgenommenen Revision des eingereichten Tarifs gestellt worden, insbesondere auf Erhöhung des Tagelohns auf 4,30 Mark festzuhalten. Sollte auf friedliche Art keine Einigung erzielt werden, so sehen sich die Schauerleute veranlaßt, eine günstige Gelegenheit abzuwarten, um eventuell ihre Forderungen durchzusetzen."

Hoffentlich besinnen sich die Arbeitgeber und lassen es nicht wegen der 30 Pfg. Mehrforderung pro Tag zum Kampf kommen.

Mecklenburgischer Parteitag. In unserem mecklenburgischen Bruderorgan finden wir ein Eingesandt, in welchem der Schreiber die Frage aufwirft, ob nicht in diesem Jahre die Abhaltung des mecklenburgischen Parteitages unterbleiben könne. Der Einsender verweist zunächst darauf, daß der nächste Parteitag der Gesammtpartei in Lübeck, dem Tagungsorte des mecklenburgischen Landesparteitages, stattfindet; aus diesem Grunde sei eine dem Stärkeverhältniß der mecklenburgischen Sozialdemokratie entsprechende Theilnahme zu gewärtigen. Da wichtige Tagesfragen, die eine Erörterung auf dem Landesparteitag nöthig machen würden, nicht vorhanden sind, könne der Landesparteitag mit Rücksicht auf den deutschen Parteitag und hauptsächlich mit Rücksicht auf die pekuniären Verhältnisse sehr gut ausfallen. Das hierdurch gesparte Geld sei nutzbringender zur Delegation einer größeren Anzahl Genossen, als bisher, nach dem deutschen Parteitag anzuwenden. Eventuell schlägt der Einsender vor, entweder den mecklenburgischen Parteitag so abzuhalten, daß sich der deutsche Parteitag ihm unmittelbar anschließt, oder den Ersteren recht bald stattfinden zu lassen, um Zeit zur Sammlung von Geldern für die Beschickung des Letzteren zu gewinnen. — Wir werden die Sache im Auge behalten und unseren Lesern über den evtl. weiteren Verlauf dieser Debatte berichten.

Achtung Parteigenossen! Heute Abend findet im Vereinshaus das erste Konzert der Berliner Volkssänger Strzelewicz statt!

Eine öffentliche Versammlung aller im Hafen, auf den Holzlagerplätzen 2c. beschäftigten Arbeiter tagte am Dienstag Abend im „Vereinshaus". In einem 1¼stündigen, leicht verständlichen Referate setzte Genosse Döring-Hamburg den Versammelten den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation unter der jetzigen niedergehenden Konjunktur auseinander. Redner bezeichnete die Gewerkschaften als eine Festung, mit deren Hülfe die Arbeiter den Kampf führen müßten gegen das Unternehmerthum, den Kampf um bessere, menschenwürdigere Zustände. Nach einer eingehenden Erläuterung des inneren Ausbaues der Organisation und der eigenartigen Zustände in dem Berufe der Hafenarbeiter, schloß der Referent seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Mahnung, unermüdlich weiter zu kämpfen für die Organisation, für die Aufklärung der Indifferenten. Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Resolution angenommen, nach welcher sich die Versammelten bei einem event. Kampfe der Schauerleute mit denselben solidarisch erklären.

Die Badeanstalt im Krähenteich wird am 15. Mai eröffnet werden.

Anzeigepflichtige Krankheiten sind im verflossenen Monat gemeldet: 25 Fälle an Diphtherie, 1 an Granulose, 30 an Masern, 3 an Scharlach, 1 an Typhus und 3 an Wochenbettfieber. Hiervon verliefen tödtlich: 2 Fälle an Diphtherie, 1 an Masern und 2 an Wochenbettfieber. Wie hieraus ersichtlich, fordert die Diphterie noch immer viele Opfer.

Selbst gestellt hat sich bei der hiesigen Kriminalpolizei ein Arbeiter, der im Jahre 1887 von seinem Truppentheil desertirte und sich bisher unter falschem Namen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands aufgehalten hat. — Ob der Mann s. Zt. wohl aus purer „Lust und Liebe" zur „Ferienkolonie" desertirt ist?

Rekognoszirt. Die im Stadtgraben aufgefundene Leiche wurde durch Angehörige erkannt.

Unternehmerprofit. Die „nothleidenden" Aktionäre der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft erhalten für ihre „mühevolle" Thätigkeit im verflossenen Jahre eine Dividende von nur fünfzehn Prozent. Und davon sollen sie sich nun mit Frau und Kindern sattessen können!

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Bei der Firma: „Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. u. H." in Nusse ist am 7. Mai im Genossenschaftsregister folgende Eintragung gemacht: W. Sarkander ist aus dem Vorstand ausgeschieden; an seine Stelle ist H. H. Benn in Nusse gewählt worden. — In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns G. H. E. Krien, in Firma E. Krien, ist Schlußtermin auf den 25. Mai angesetzt.

Stockelsdorf. Dorfschaftsversammlung. In der zum Sonnabend einberufenen, von 60 Personen besuchten Dorfschaftsversammlung wurden die elenden Schulverhältnisse einer herben, aber gerechten Kritik unterzogen. Festgestellt wurde u. A., daß bereits 2 Petitionen an die Regierung abgesandt worden sind, jedoch ohne Erfolg. Von demselben negativen Resultat war eine persönliche Darstellung der Verhältnisse durch den Gemeindevorstand begleitet. Recht abfällig äußerten sich die Redner über den als Schulinspektor fungirenden Pastor. Nicht nur, daß er die Sitzungen der Schulkommission recht häufig schwänzt, er huldigt auch der ausgesprochenen Ansicht, daß es nicht gut für die Landwirthschaft sei, wenn die Kinder so viel lernen. Es genüge vollauf für die Mädchen, wenn sie Zeug flicken und Essen kochen könnten. Die weiteren Debatten enthüllten so recht die miserablen Schulzustände. 300 Kinder werden von sage und schreibe 3 Lehrern unterrichtet. Der vierte Lehrer ist augenblicklich zum Militär eingezogen. Es wurde eine Kommision von sieben Personen gewählt, die über den Gang der Verhandlungen an das Staatsministerium berichten und die Forderung auf Vergrößerung des Schulgebäudes vertreten soll. Gleichfalls wurde die Kommission beauftragt, dem Gemeinderath die Mittheilung zu machen, daß die Handfertigkeitslehrerin infolge ihrer Verheirathung den Dienst quittire. — Sozialdemokratischer Verein. Die am Sonntag in Fackenburg tagende Versammlung beschäftigte sich mit dem Schulgesetz. Nach einer lebhaften Diskussion wurde letztere auf den 2. Juni vertagt. Trotzdem nur 18 Genossen anwesend waren, wurde die Versammlung von Anfang bis zu Ende überwacht. Sonst hätte ja auch der Staat umgestürzt werden können. — Baugesetz. Wie verlautet, beabsichtigt der Gemeinderath, ein Baugesetz für die Gemeinde zu erlassen.

Eutin. Arbeitgeberverband. Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der Baugewerksmeister des östlichen Holsteins und des Fürstenthums Lübeck beschloß die Gründung einer Abtheilung des bekannten Scharfmacher-Verbandes.

Mölln. Maifeier. Nach mehreren Jahren ist es den Genossen wieder gelungen, ein größeres Lokal zu Versammlungen zu erhalten, und zwar das Lokal von Keller („Lübecker Hof"). In demselben fand am 4. Mai eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Bedeutung des

1. Mai". Referent war Genosse L. Meyer-Hamburg. Mit welchen Mitteln man hier die Sozialdemokratie bekämpft, erhellt aus der Thatsache, daß dem Wirth die Tanzmusik nicht erlaubt wurde. — Lokalfrage. Zur Verfügung stehen uns hier nur 2 Lokale, und zwar das obige Lokal von Keller („Lübecker Hof"), Wallstraße und das Lokal von Vorrath, vor dem Wasserthor. Wir bitten die Lübecker Genossen, dies bei ihren Ausflügen zu beachten. Sämmtliche anderen Lokale sind gesperrt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der partielle Hafenarbeiterstreik in Rostock ist infolge Verständigung zwischen den Arbeitern und der Firma beendet. — In einer Dampfsägemühle in Malchow legten am Sonnabend sämmtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Sie fordern neben einer geringen Verkürzung der Arbeitszeit Erhöhung des Lohnes um 25 Pf. pro Tag. Trotz dieser bescheidenen Forderungen wird leider wohl schwerlich an einen Sieg zu denken sein, da die Streikenden bis jetzt jeder Organisation fernstanden. Hoffentlich ermannen sie sich jetzt und treten ein in die Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft. — Wieder droht eine große Metallarbeiter-Aussperrung in Hamburg. Wie wir bereits gestern berichteten, beschlossen die Kupferschmiede bei Nichterfüllung ihrer Forderungen den Streik. Hierauf erläßt der bei der Hamburger Bevölkerung zu einer traurigen Berühmtheit gelangte Arbeitgeber-Verband eine Erklärung, daß, falls dieser Streik zum Ausbruch kommen sollte, er wie im Vorjahre eine allgemeine Werftarbeiter-Aussperrung vornehmen wird. Diese Erklärung zeigt, daß der Arbeitgeber-Verband sich noch immer als „Herr im Hafen" betrachtet. — Auch die Bauarbeiter Hamburgs befinden sich in einer Lohnbewegung. Es ist den Unternehmern ein Lohntarif überreicht worden, bei dessen Ablehnung eventl. der Streik proklamirt werden soll. — Aus Bant i. Gr. kommt die Nachricht, daß das Staatsministerim die Wahl unseres Genossen Hug zum Beigeordneten des Gemeindevorstehers wiederum nicht bestätigt hat, und zwar aus denselben Gründen wie bisher. Wer da geglaubt hat, daß in der neuen Regierung ein anderer Wind wehte, hat sich gründlich getäuscht. Einem vom Gemeinderath erwählten Manne wird die Bestätigung versagt, weil er ein „wegen Beleidigung und Preßvergehens bestrafter sozialdemokratischer Agitator" ist. Unerhört!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Rehna i. M. ereignete sich am Montag ein bedauerlicher Unfall, indem ein junger Arbeiter, der beim Decken eines Scheunendaches behilflich war, infolge eines Lattenbruches auf die Diele fiel und sich so erhebliche Verletzungen zuzog, daß er bald darauf verstarb. — Eine gewaltige Feuersbrunst äscherte am Dienstag einen großen Marschhof in Altenbruch (Hannover) ein. Alles ist verbrannt, auch viel Vieh. — In der Nähe von Cuxhaven ist Dienstag ein einmastiges Fahrzeug gekentert, wobei der Insasse ertrunken ist. — Aus Bremen wird von einem schrecklichen Eisenbahnunglück berichtet. Dort wurde der Schlosser Patt bei Revision einer Probiermaschine von dem D-Zuge Hamburg-Bremen erfaßt, überfahren und sofort getödtet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Steruschanz-Viehmarkt

Hamburg, 7. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2160 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 52—53 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 42—48 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pr 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1380 Stück. Preise: Beste 95—110 Mk geringere 63—85 Mk. pr. 100 Pfd

Fünfhausen Nr. 28. ✖ Schnell und reell. Herren-Sohlen nur Mk. 1,40, Damen-Sohlen nur Mk. 1,00. ✖ Fünfhausen Nr. 28.

Heute Morgen starb sanft nach kurzem schweren Leiden unser kleiner süßer **Hans** im zarten Alter von 4 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.

W. Gildemeister und Frau.

Lübeck, den 8 Mai 1901.

Gesucht zu sofort 1 Schuhmachergeselle
H. Behnke, Mühlenbrücke 1

Gesucht jugendliche Arbeiterinnen
bevorzugt solche, die schon in der Tabackbranche beschäftigt waren. Tabackfabrik **E. Wiencke.**

Gesucht eine ordentliche Waschfrau
Lindenstraße 53, 1. Et.

Ein kräftiger Laufjunge
außer der Schulzeit.
Lachswehr-Allee 25. **Bernhard Grube.**

Malerlehrling
sucht zu sofort
H. Müssig, Malermeister, Korsenstraße 18.

Ein kleines Haus in der Stadt in gutem Zustande zu verkaufen. Preis 3800 Mark. Näheres in der Exped. d. Bl

Ein guterhalten. Bett mit Bettstelle
billig zu verkaufen Aegidienstraße 24.

Gefunden An der Mauer 1 Brosche.
Abzuholen Mauer 14. 1. Et

Billig! 4 feinste Berger Flohmbeeringe für 10 Pfg. bei **H. Eckmann,** Marienkirchhof. 8, Ecke Glockenstraße.

Billig! 4 feinste Berger Flohmbeeringe für 10 Pfg bei **W. Bollow,** Untertrave 57.

Kirschsaft per Flasche 40 Pfg.
Apfelwein per Flasche 35 Pfg.
ohne Glas
empfiehlt
Lachswehr-Allee 25. **Bernhard Grube.**

Getrocknete Bickbeeren per Pfd. 70 Pfg.
Getrocknete Kirschen per Pfd. 50 Pfg.
bei
Lachswehr-Allee 25. **Bernhard Grube.**

Miethe-Quittungs-Formulare
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Möbelkäufern
empfehle ich
mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter
Möbel jeder Art.
Folckers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Arbeitsschuhe, feste
Handarbeit, von Mk. 3.50, 4.—, 4.50
Marlesgrube 38.

Streichfert. Oelfarben,
Leinöl, Firniss,
Carbolineum,
sowie sämmtliche
Bürsten- und Pinselwaaren
empfiehlt
John Becker, Dornestrasse 29

Klauenöl
präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von
H. Möbius & Sohn
Knochenölfabrik.
Hannover.
Zu haben in allen besseren Handlungen.

Margarine
von Klatt & Dittmann in Altona-Ottensen
Verkaufsstellen erkenntlich durch Plakate.
Lager und Vertreter:
Leopold Dose, Lübeck. Breitestrasse 3.

Friedr. Paetau, Wurstfabrik
27 Mühlenstraße 27
Prima dicke Rippen
" " Flohmen
ff. Aufschnitt ff.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum Lübecks die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen Tage im Hause
Königstraße 48a
eine
Butter- u. Fettwaarenhandlung
eröffne. Ich verspreche, dem geehrten Publikum nur hochfeine Meiereibutter zu liefern, sowie Fettwaaren in nur tadelloser Güte zu führen und bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

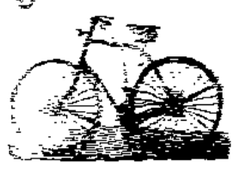
Hochachtungsvoll
Wilh. Krahn.

Ausverkauf.
Wegen Neubau unseres Hauses
sind wir genöthigt, unser reichhaltiges Lager in
Glas- und Porzellanwaaren,
Haus- und Küchengeräthen,
Tisch- und Hängelampen,
Kronen und Ampeln etc.
bedeutend zu verringern und geben wir daher auf unsere ohnehin billigen Preise von heute ab noch
10 % Rabatt.
Gebr. Steder, 95 Hüxstraße 95.

Im Verlag „Aufklärung", Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist soeben erschienen:

Die Helden der Menschheit.

Dasselbe ist seiner volksthümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbeflissenen sehr zu empfehlen.
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50
sowie deren Colporteure.

Fahrräder - Verkaufs - Haus.

Große Reparatur-Werkstatt
und
vorzügliche Radfahrerschule im Geschäftshause.
Hüxstraße 54. **O. Störzner.** Fernspr. 1278.
Große Auswahl, billigste Preise, reell gute Waare.
Versäumen Sie nicht, mein Fenster zu beachten.

Herren-Hüte
schwarz u. farbig, gute Qualitäten, hoch moderne Facons in größter Auswahl.
Stück 1.95, 2.00, 2.25, 2.30, 2.40, 2.75, 2.95, 3.00, 3.10.
H. Bössel, 37 Hüxstraße 37.

J. Möllendorff,
gegründet 1865,
Holstenstr. 9, Holstenstr. 9,
empfiehlt unter absoluter Garantie für nur durchaus reelle, gediegene und kernige Waare:
Arbeiter-Stiefel,
Arbeiter-Schuhe,
Mädchen-Schuhe,
Leder- und Plüsch-Pantoffeln,
zu den billigsten Preisen.

Empfehle:
Feinste Meiereibutter
zu billigen Tagespreisen.
P. Bensien, Milch- u. Butterhandlung, Dorotheenstraße 3.

Socialdemokratischer Verein.
Mittwoch den 8.
und Donnerstag den 9. Mai d. J.
im großen Saale des Vereinshauses:
Grosses humoristisches
CONCERT
bestehend in
ernsten und heiteren Gesangsvorträgen, Couplets u. s. w.
ausgeführt von den Herren
Boleslaus Strzelewicz-Berlin,
David Waschinsky- "
Wilhelm Vogel- "
Hugo Krüger- "
Jeden Abend vollständig neues Progr.
Eintrittskarten sind im Voraus zu haben bei: C. Wirtfoot, Hüxstr. 18; W. Menschel, Untertrave 53; F. Leeke, Lederstr. 3; Hugo Boysen, Böttcherstr. 18, und im „Vereinshaus".
Preis der Eintrittskarte 25 Pfg.
Die Karten sind nur für den Tag gültig, für welchen sie gelöst werden.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete": Johannes Stelling. — Verleger: Theod. Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 107. Donnerstag, den 9. Mai 1901. 8. Jahrgang.

Fünfzig Jahre Weltausstellungen.

Ueber dieses Thema wird dem „Hamb. Echo" von Henry Wendin aus Wien geschrieben:

Am 1. Mai waren es fünfzig Jahre, daß in London die erste Weltausstellung eröffnet wurde, und da ist es vielleicht nicht uninteressant, einmal einen Blick zurückzuwerfen, nicht nur auf die Entwickelung des Ausstellungswesens, sondern auch auf das kulturgeschichtliche Entstehen der Ausstellungen überhaupt.

Das ursprüngliche und ureigene Motiv aller Ausstellungen besteht offenbar in dem Bedürfniß und Bestreben, die Erzeugnisse irgend einer Gemeinschaft — sei das nun die ganze Welt oder einzelne Völker, oder gar nur Stadt- und Dorf-Gemeinden — an einem eigenen Punkte derart zu vereinen, daß die Konsumenten einen besseren Ueberblick haben und also eine leichtere Auswahl treffen können. Unter solchen Gesichtspunkten wird man nicht fehlgehen, wenn man die Märkte als erste Vorläufer, gewissermaßen als Urform der Ausstellungen bezeichnet. Und da sehen wir denn auch sofort, daß das Bedürfniß nach Ausstellungen ein uraltes ist und eben in der Veranstaltung von Märkten seine erste Befriedigung fand.

Als im Laufe der Zeiten die Kultur wuchs und mit ihr die Bedürfnisse immer größer wurden, ganz besonders aber, als die Entdeckungsreisen des fünfzehnten und sechszehnten Jahrhunderts fremde Welttheile erschlossen, begann eine völlige Umwälzung des Welthandels und mit ihr wurde die Zahl und Größe der Märkte immer erheblicher. Aber alle diese Märkte tragen noch den Stempel des reinen Handels: Kaufleute kamen mit ihren Waaren, die sie veräußern wollten, um dafür andere einzutauschen. Daß diese Waaren nicht mehr direkt gehandelt wurden, sondern als allgemein giltiges Tausch- und Zahlungsmittel Gold, Silber oder Bronze in Barren oder in geprägten Münzen verwendet wurde, ändert nichts an dem Wesen der Märkte als reine Kaufs- und Verkaufsplätze.

Erst im achtzehnten Jahrhundert entstand die Idee unserer Ausstellungen: ein Zur-Schau-Stellen von Waaren für das große Publikum, nicht mit dem Zweck, gerade diese Waaren in diesem Augenblick zu verkaufen, sondern mit der Absicht, die Aufmerksamkeit von Händlern und Konsumenten zu erregen und so für die Zukunft Käufer zu gewinnen. Naturgemäß bewegten sich diese ersten Versuche in allerengstem Rahmen. Die überhaupt erste Ausstellung — in London 1756 —, auf welcher hauptsächlich Teppiche, Decken und Porzellan zu sehen waren, machte sogar gänzlich Fiasko, so daß die Sache vollständig einschlief. Einen zweiten Versuch wagte dann erst wieder ein Marquis D'Aveze in Paris zur Zeit der Direktorialregierung; er faßte die Idee einer allgemeinen Industrie-Ausstellung und brachte seinen Plan auch 1798 zur Ausführung. Aber wie klein und kleinlich auch dieses Unternehmen war, geht wohl am Besten daraus hervor, daß sich im Ganzen nur 110 Aussteller eingefunden hatten.

Indessen, die Idee war so mächtig, daß sie einmal ausgesprochen, sich auch Geltung verschaffen mußte, und wirklich trat auch bald überall ein wahrer Wetteifer ein, Ausstellungen zu veranstalten. Den Beginn machte München 1818, und dann folgte in kurzen Zwischenräumen Dresden 1824, Moskau 1825, Berlin 1827, Prag 1828, Wien 1835 und 1839 und Madrid 1841. Auch Paris und Frankreich hatte verschiedene kleinere Ausstellungen gesehen, und nur England, das doch schon damals den Welthandel beherrschte und also eigentlich an der Spitze hätte marschiren müssen, verhielt sich sonderbarer Weise noch immer abwartend. Nun kam aber Berlin 1844 mit einer Ausstellung, die 3000 Aussteller vereinigte, und schon ein Jahr später Wien mit einer anderen, an der sich 2000 Aussteller betheiligten; und jetzt endlich sah sich auch England veranlaßt, aus seiner Reservirtheit herauszutreten. Manchester machte 1845 den Anfang, und London folgte 1847 und 1849.

Der englische Unternehmungsgeist aber läßt es sich selten genügen, Ueberkommenes nur zu halten und fortzuführen; vielmehr ist er gewöhnlich bestrebt, das einmal für gut Erkannte nach Möglichkeit zu vergrößern und auszubeuten. Und so entstand in England zuerst die Idee, alle Völker der Erde in einer Weltausstellung zum friedlichen Wettstreit zu vereinigen. Die Vaterschaft dieses Gedankens gebührt allerdings einem geborenen Deutschen, nämlich dem Prinzen Albert, dem Gemahl der Königin Viktoria. Er hatte zuerst die Idee ausgesprochen, und unter seinem Protektorat und nach seinen Rathschlägen wurde sodann der gewaltige Plan ausgearbeitet. Die erste Weltausstellung ist sein ureigenstes Werk.

Die erste Weltausstellung vereinigte nahezu 17 000 Aussteller, davon rund 7000 aus England, 2000 aus Deutschland und 1000 aus Oesterreich. Als Ausstellungsgebäude hatte man in Sydenham, einem Vorort Londons, inmitten von Parkanlagen, den Krystall-Palast errichtet, einen ganz aus Glas und Eisen konstruirten eisernen Bau, der noch jetzt, da man doch an technische Wunder gewöhnt ist, das Staunen jedes Beschauers erregt. Der Erfolg des Unternehmens war ein echter und großer und besonders für England dadurch wahrnehmbar, daß sein Export von 131 Mill. Pfund im Jahre 1850 (vor der Ausstellung) auf 214 Millionen Pfund im Jahre 1853 (nach der Ausstellung) stieg.

In den nun abgelaufenen 50 Jahren seit jener ersten Weltausstellung haben fast alle Länder und Hauptstädte dem von London gegebenen Beispiel nachgeeifert und nur Berlin hat sich bis jetzt ferngehalten. Da Deutschland heute die zweite Stelle im Welthandel einnimmt, so ist das eigentlich unerklärlich, beinahe so unerklärlich, wie es die Reservirtheit Englands zu Ende der vierziger Jahre war. Aber England gab dann den erstaunten Völkern die erste Weltausstellung; vielleicht hat Deutschland im neuen Jahrhundert auch etwas zu verkünden.

Inzwischen folgte der Londoner Ausstellung im Jahre 1855 Paris, 1862 wieder London und 1867 neuerlich Paris. Die Zahl der Aussteller war jetzt bereits auf 42 000 gewachsen, und demgemäß wurde auch der Flächenraum, den die Ausstellungen bedeckten, immer größer. Von dem ursprünglichen Prinzip, alles in einem Raum unterzubringen, wie es im Krystall-Palast verfolgt worden war, ist man allmählich abgekommen; man errichtete jetzt mehrere große Gebäude und fing auch schon an, kleine, in den Gartenanlagen verstreute Pavillons zu benutzen. — 1873 hatte Wien seine Weltausstellung, von der die prächtige Rotunde im Prater geblieben ist. 1876 folgte Philadelphia und 1878 von Neuem Paris.

Jetzt fand eine Reihe angeblicher Weltausstellungen in Sidney, Antwerpen, Moskau, Calcutta usw. statt, die aber alle so schwach beschickt waren, daß sie hier kaum mitzurechnen sind. Eine wirkliche Weltausstellung gab es erst wieder 11 Jahre später, 1889, in Paris. — Frankreich, das 1878 wohl noch ein wenig an den Folgen seiner Niederlagen litt, hatte sich nunmehr vollständig erholt und zeigte sich der erstaunten Welt in der ganzen Fülle seiner Kraft. Diese Ausstellung, über welche als Wahrzeichen der berühmte dreihundert Meter hohe Eiffelthurm emporragte, übertraf alle früheren an Größe und Pracht, und es wurden nicht weniger als 25 Millionen Besucher gezählt. Hier wurde übrigens auch zum ersten Male eine große Anzahl wissenschaftlicher und künstlerischer Kongresse mit der Ausstellung verbunden.

Es ist selbstverständlich, daß beim Zusammendrängen so gewaltiger Menschenmassen auch für allerhand Vergnügungen gesorgt werden mußte. Man hatte schon früher versucht, diese Vergnügungen in den gegebenen Rahmen einzufügen, indem man indische Gaukler, chinesische Schauspieler, orientalische Tänzerinnen und dergleichen in heimathlich naturgetreu nachgebildeten Räumen ihre verschiedensten Künste zeigen ließ. Allmählich aber wuchs dieses rein äußerliche Moment immer mehr an, die Vergnügungen nahmen immer breiteren Raum ein, so daß Spötter anfingen, von einem großen Jahrmarkt zu sprechen. — Chicago richtete 1893 in der Nähe des Seeufers sogar ein ganzes Viertel für diesen Zweck ein, und es soll dort häufig bedeutend voller gewesen sein als in der eigentlichen Ausstellung. Auch zuletzt, im vorigen Jahre in Paris, ist es damit nicht besser, sondern eher noch schlimmer gewesen. So ist es denn eigentlich nicht zu verwundern, daß sich immer weitere ernste Kreise von den Ausstellungen abwenden und sie für veraltet und nicht mehr zweckentsprechend erklären.

Nach fünfzigjährigem Bestehen schon überlebt und reif zum Sterben! Wahrlich, das ist doch nur in unserem Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität möglich!

Was wird nun kommen?

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Hannover sind 400 Maler und Lackierer Montag in den Streik eingetreten. — In der Waggonfabrik in Gotha sind 200 Arbeiter ausständig geworden, weil ihnen für ihr Ausbleiben am 1. Mai ein Abzug am Lohn gemacht werden sollte.

Von den Opfern des 1. Mai. In Berlin sind die ca. sechstausend ausgesperrten Bau- und Holzarbeiter Montag zum größten Theil wieder eingestellt worden. Die noch arbeitslos Gebliebenen werden zum größten Theil im Laufe dieser Woche ebenfalls eingestellt, so daß nur ein kleiner Theil länger unterstützt werden muß. Auch in Leipzig haben die Holzarbeiter und Steinsetzer ihre Arbeit am Montag wieder aufnehmen können.

Der sogenannte „Schanksperren-Prozeß" gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.", Genossen Bredenbeck, stand dieser Tage vor dem Dortmunder Landgericht zur Verhandlung. In genanntem Blatt war eine Reihe Artikel erschienen, in denen Stellung genommen wurde zu den im dortigen Bezirk von den Behörden so viel geübten „Schanksperren." Diese Sperre trifft fast ausschließlich solche Wirthe, die ihre Lokale der Arbeiterpartei zur Verfügung stellen, sie werden in der Regel verhängt im „Interesse der Ruhe und Ordnung." In den Artikeln war gesagt, daß die Schanksperre aus politischen Gründen verhängt werde. Dadurch fühlten sich die betreffenden Beamten beleidigt. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängniß; der Staatsanwalt hatte „nur" 1 Jahr und 1 Monat beantragt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Im Verlaufe eines Streites wurde in einem Dorfe bei Stolp (Pommern) ein Arbeiter von seinem Sohne durch einen Messerstich ins Herz getödtet. — Die Eismänner, die Kalenderheiligen Pankraz, Servaz und Mamertus, signalisiren bereits ihre Ankunft. In Königsberg i. Pr. trat Sonntag Mittag bei 2 Grad Wärme Schneefall ein, der bis 6 Uhr Nachmittags andauerte. Auch am Montag früh trat dort wieder leichter Schneefall ein. Die Temperatur betrug 2 Grad über Null. — Der wegen betrügerischen Bankerotts zu sieben Jahren Zuchthaus verurtheilte Bankier Paul Müller jr. aus Görlitz wurde auf dem dortigen Standesamte mit Fräulein Hella Rutloff aus Berlin ehelich verbunden. Der Bräutigam trug bei dieser Feier einen tadellosen schwarzen Jackettanzug, goldenen Kneifer ꝛc., jedoch keine Glaceehandschuhe, weil ihm die Hände gefesselt waren. Fräulein Rutloff war bräutlich geschmückt. Als Zeugen bei dem Trauakte fungirten zwei Gefängnißbeamte. Nach Beendigung der Trauung mußten sich die Eheleute sofort wieder trennen. Während die junge Frau nach Berlin zurückkehrte, wurde ihr Ehemann mittelst

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Berger blickte Sendlingen betroffen an. „Das verstehe ich nicht", sagte er. „Wahrscheinlich ein Sophisma, durch welches Du Dein Gewissen einlullen willst. Ich aber habe die Pflicht, es aufzurütteln. O Victor!" fuhr er in leidenschaftlichem Schmerze fort, „Du kannst es selbst ermessen, was es mich kostet, in dieser Tonart mit Dir zu sprechen. Aber es bleibt mir keine Wahl!"

Sendlingen schwieg. „Davon später!" sagte er endlich. „Zunächst eine Neuigkeit, die Dich interessiren wird. Ich erhielt heute Morgen ein Schreiben des Ministers . . . Du hast bezüglich der „Courage" Recht behalten." Er reichte dem Freunde das Blatt. „Der Minister erinnert mich daran, daß ich kraft meiner im November erfolgten Ernennung die Verpflichtung habe, mich am Morgen des 1. März in P. einzufinden, um die Leitung des dortigen Obergerichts zu übernehmen."

„Also doch!" rief Berger. „Und wie höflich! . . . Siehst Du nun, daß wir Liberalen sammt unseren Zeitungen doch zu etwas taugen? Der Minister hat ja kein anderes Motiv zum Rückzug!"

„Darüber kann vielleicht dieser Brief hier Auskunft geben, welcher gleichzeitig kam", bemerkte der Präsident und griff nach einem anderen bisher unentsiegelten Schreiben. „Von meinem Schwager, dem Grafen." Er entfaltete es und überflog die ersten Zeilen. „Richtig!" sagte er. „Höre nur!" Er las:

„Du verdienst Dein Glück nicht, und ich selbst war in letzter Zeit völlig überzeugt, daß Du verloren seist. Doch scheint es, daß der Minister uns gegenüber viel schärfer sprach, als er dachte, und von vornherein nichts Ernstliches vorhatte. Daß er Dich ein wenig lang in der Schwebe hielt, ist schließlich nur eine kleine Revanche gewesen, die ihm zu gönnen war. Er hat es gar nicht böse gemeint; ich fühle mich verpflichtet, dieses zu seiner Ehre zu sagen . . ."

„Und Dein Schwager ist ein kluger Mann", rief Berger erregt, „und selbst ein Richter! Begreift er nicht, daß gerade diese Auslegung den Minister am meisten belastet?! O, ich sagt's es ja immer, das war wieder einmal eine echt österreichische . . ."

Ein Schmerzensruf unterbrach ihn. „Was ist das?" schrie Sendlingen entsetzt auf und starrte todtenfahl auf das Blatt.

Der Anwalt nahm es ihm aus der zitternden Hand, im nächsten Augenblick verfärbte sich auch sein Antlitz. Sein Auge hatte die folgende Stelle getroffen:

„Wann reisest Du von B. ab? Hoffentlich geht auch die letzte Pflicht, die Du noch in Deinem bisherigen Amte zu verrichten hast, Deinem weichen Herzen nicht zu nahe. Uebrigens ist es immerhin peinlich, eine Frauensperson, zudem eine so junge, hinrichten zu lassen, und Du kannst vielleicht die Anordnung der Exekution Deinem Nachfolger überlassen, der ja zum Glück aus derberem Stoff gemacht ist, als Du . . ."

Der Anwalt ließ das Blatt sinken. „O Victor . . ." murmelte er.

„Kein Wort!" stöhnte dieser auf; seine Stimme klang, wie die eines Ertrinkenden. „Keinen Vorwurf! . . . Willst Du mich wahnsinnig machen?"

Dann raffte er sich gewaltsam auf. „Der Befehl ist wohl schon gekommen", sagte er, klingelte dem Kanzlisten und befahl ihm aus der Registratur die heute eingetroffenen Akten zu bringen. Das verhängnißvolle Blatt war wirklich darunter; eine kurze Verständigung an das Landgericht B., daß der Monarch das Begnadigungsgesuch des Vertheidigers verworfen, das Todesurtheil bestätigt. Die Exekution war, damaligem Gebrauch gemäß, binnen acht Tagen zu vollziehen.

„Keinen Vorwurf!" sagte der Anwalt, nachdem er die wenigen Zeilen durchflogen. „Aber nun muß gehandelt sein! Du mußt Dir sofort telegraphisch für übermorgen, den 19., von der Kabinetskanzlei des Kaisers eine Audienz erbitten und morgen nach Wien reisen!"

„Ich will es thun!" sagte der Präsident leise.

„Du mußt es thun!" rief der Anwalt, „und ich will darüber wachen. Am Abend bin ich wieder bei Dir."

Als der Anwalt in der Dämmerung wiederkam, sagte ihm schon im Vorzimmer der alte Diener: „Gottlob! man geht also doch noch nach Wien!" und der Präsident bekräftigte neuerdings seine Zusage. „Auch habe ich schon die Antwort: die Audienz ist für den Neunzehnten bewilligt. Ich habe schwer mit mir gekämpft," fügte er hinzu und fuhr dann halblaut wie im Selbstgespräch, mit unsicherer Stimme fort: „Ich bin feiger, als ich gedacht. Wie fest auch mein Entschluß war, nun fehlt mir doch der Muth . . . und darum muß ich nach Wien . . ."

Der Anwalt that keine Frage mehr, ihm genügte das Versprechen.

Zwölftes Kapitel.

Der 18. Februar 1853 war ein klarer, sonniger Tag. Um die Mittagsstunde schmolz der Schnee, die Lüfte wehten milde; wie ein Hauch des Frühlings lag es auf dem Gelände, durch das der Zug dahinbrauste, welcher den unglücklichen Mann nach Wien brachte. Ihm aber war es Nacht im Herzen und Nacht vor den Augen, mit geschlossenen Lidern saß er in seiner Coupee-Ecke, nur wenn der Zug hielt, fuhr er wie erwachend empor, blickte aus den Fenstern nach dem Namen der Station, seufzte tief auf und versank wieder in sein dumpfes Brüten.

Ging ihm die Fahrt zu langsam? Es gab Minuten, wo er sich Sturmesflügel wünschte, um an sein Ziel zu ge-

Droschke nach dem Gefängniß zurückgebracht, von wo aus er inzwischen zur Verbüßung seiner Strafe nach dem Zuchthause übergeführt worden ist. — Einen grausigen Fund machten Bahnangestellte auf dem Bahnhofe in Köln; sie entdeckten nämlich im Damenzimmer des Wartesaals III. Klasse eine Hutschachtel mit der Leiche eines neugeborenen Kindes, während ein Packet in Packpapier die Leiche eines älteren Kindes enthielt, dem der Bauch aufgeschlitzt worden war. Beide Leichen, die schon längere Zeit unter einer Bank gelegen haben dürften, waren bereits in Verwesung übergegangen. — Die Strafkammer in Koblenz verurtheilte einen anonymen Briefschreiber, den Kaufmann Schetter zu Enkirch zu neun Monaten Gefängniß. Er hatte er je einen anonymen Brief an die Staatsanwaltschaft, den Landrath in Zell und die Oberstaatsanwaltschaft in Köln gerichtet, durch deren Inhalt die Gemeinderathsmitglieder zu Enkirch sich schwer beleidigt fühlen mußten. — In Herzogenaurach in Oberfranken brannte Sonnabend vollständig die große Fabrik der vereinigten fänkischen Schuhfabriken vormals M. Brust und Berneis nieder. 300 Arbeiter sind brotlos. — Aus Münster i. Elsaß wird gemeldet, daß der Steuerkassenverwalter in Mauritz unter Mitnahme bedeutender öffentlicher Gelder nach Frankreich flüchtete. — In einer Nervenheilanstalt zu Grenna in Schweden griff ein Patient in einem Anfall von Geistesstörung die Inhaberin der Anstalt und deren Töchter an und tödtete eine der letzteren und verwundete zwei sowie die Inhaberin. Auch von den zu Hülfe eilenden Männern wurden fünf durch den Rasenden zum Theil schwer verletzt. Zuletzt gelang es, den Geisteskranken zu überwältigen. — Eine furchtbare Katastrophe ereignete sich am 23 April bei Katschkamoka im russischen Gouvernement Cherson, an einer Dnjeprstelle, an der schon im vorigen Jahre 18 Personen den Tod fanden. 100 Bauern, Männer, Weiber und Kinder, die von der Arbeit kamen, wollten alle zu gleicher Zeit auf einer Fähre über den Dnjeper fahren; da die Fähre jedoch alt und schlecht gebaut war, bat der Fährmann die Leute, sich in zwei Gruppen zu theilen, die nacheinander an das andere Ufer befördert werden sollten. Davon wollten aber die Bauern nichts hören; denn es wehte ein kalter, scharfer Wind, und alle wollten so rasch wie möglich nach Hause gelangen. Die ganze Gesellschaft stellte sich auf die Fähre, auf der außerdem noch drei Pferde Platz fanden. Durch den hohen Wellengang ins Schwanken gesetzt, begannen die Pferde während der Ueberfahrt unruhig zu werden. Die Folge davon war, daß auch die Weiber in Aufregung geriethen und alle nach einer Seite der Fähre hineilten. Dadurch verlor die Fähre das Gleichgewicht und schlug um, sodaß die Bauern alle ins Wasser fielen. 70 Personen retteten sich durch Schwimmen, die übrigen 30 ertranken, ehe ihnen vom nahen Ufer Hülfe gebracht werden konnte. — In Reggio (Italien) sollte in dem dortigen Theater zwischen Klerikalen und Sozialisten eine Auseinandersetzung stattfinden. Schon lange vor Beginn war das Theater von Theilnehmern bis auf den letzten Platz angefüllt. In Folge des später entstandenen Gedränges stürzte ein Theil des Proszeniums ein, wodurch eine große Panik hervorgerufen wurde. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Versammlung wurde in Folge dessen aufgehoben. — Ein großes Feuer brach am Sonntag in einem Miethshause zu Chicago aus, wobei sieben Personen ihren Tod in den Flammen fanden, während drei schwer und viele andere weniger schwer verletzt wurden. Die Spritzen und die Rettungswagen konnten an den Brandherd nicht herankommen, weil ein Güterzug die Straße absperrte.

O, welche Lust, Soldat zu sein! Einige Fälle empörender Soldatenmißhandlungen berichtet die „Bergische Volksstimme" in Solingen aus der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 17 in Mörchingen (Lothringen). Der Unteroffizier Kolweit hat den Musketier Erlenkötter aus Solingen, weil dieser unrasirt zum Dienst kam, mit dem Taschenmesser die [illegible] aus dem Gesicht gerissen. Der Sergeant Reiners war mit dieser Quälerei noch nicht zufrieden, denn er zündete mehrere Streichhölzer an und hielt die brennenden Hölzer dem Musketier Erlenkötter unter das Kinn und an die Backe und brannte ihm die Haare aus! Als der so mißhandelte Soldat vor Schmerz laut aufschrie, erhoben die beiden Vorgesetzten ein lautes Gelächter. Das geschah vor der versammelten Mannschaft, nachdem nahm, durch Drohungen genöthigt, Erlenkötter wieder davon Abstand, Meldung zu machen. Einem anderen Soldaten, dem Musketier Brucker, ist ebenfalls übel mitgespielt worden. Einmal, als der vielfach Geplagte beim Turnen schon beinahe eine ganze Stunde an dem Querbaum hatte hängen müssen, wurde ihm auf dem Ballen eines Bajonettirgewehrs ein aus dem Munde genommener 4 bis 5 Zentimeter langer Priem an den Mund gehalten und er durch Drohungen gezwungen, den ekelhaften Fraß herunter zu würgen, obschon der Mann weder rauchte noch priemte. Die Vorkommnisse liegen einige Jahre zurück, sie sind bereits 1898 vorgekommen. Eine Sühne haben die schändlichen Mißhandlungen aber nicht gefunden, weil nichts gemeldet wurde. Die Gequälten waren damals Rekruten. Sie haben erst gesprochen, nachdem sie die Freuden des Soldatenlebens hinter sich hatten. Ob die Schandthaten nachträglich noch eine Sühne finden werden? Die „Bergische Volksstimme" deutet an, daß sie noch mehr weiß von dem, was hinter den Kasernenmauern von Mörchingen vorgegangen ist. Sie will aber vorläufig noch schweigen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 28. April bis 4. Mai 1901.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

14 April. Landschaftsgärtner August Heinrich Friedrich Martin Rogkensack. 23. Bureau-Assistent Carl Oswald Kreft. Weinarbeiter Heinrich Christian Jochen Bentien. 26. Arbeiter Adolph Heinrich Georg Harman. Arbeiter Joachim Heinrich Hans Klezien. 26. Maler Reinhold Julius Goliaski. Arbeiter Heinrich Wilhelm Carl Bruhn. Arbeiter Johann Carl Friedrich Diebergott. 27. Arbeiter Johann Heinrich Christian Harms. Geschäftsführer Georg Friedrich Johann Knaack. Arbeiter Heinrich Johann Theodor Greve. 28. Zimmermann Hermann Friedrich [illegible] Roß. Arbeiter Hermann August Heinrich Christian Ludwig Denker. Kaufmann Ferdinand Christian Edward Kruger. Schneider Albert Friedrich Karl Jacobi. 29. Arbeiter Christian Heinrich Detlef Wiebling. Kutscher August Heinrich Friedrich Georg Meyer. Arbeiter Johannes Friedrich Heinrich [illegible]. 30. Schuhmachermeister Carl Friedrich Julius [illegible]. Arbeiter Carl Johannes Heinrich Martens. 1. Mai. Ober-Postassistent Hermann Christian Sach. 2. Schlosser Ernst Joseph Friedrich Johannes Kraule. Werftarbeiter Paul Johann Friedrich Tenger. 3. Arbeiter Hermann Carl Joachim Westphal.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

3 April. Seemaschinist Wilhelm Peter Heinrich Hahn. 22. Zimmergeselle Georg Christian Robert [illegible]. Arbeiter Otto Paul Eduard Bielke. Arbeiter Gustav Johannes Friedrich Man. 23. Maurer Fritz Heinrich Christian Möller. 24. Schutzmann Max Albrecht Jonathan Asmus. 25. Arbeiter Johann Joachim Karl Köhler. Arbeiter Gustav Rosengart. Arbeiter Johann Jochim Nicolaus Schröder. 26. Arbeiter Heinrich Friedrich Christian Stolt. 27. Lotse Johann Nicolaus Dibbern. Arbeiter Detlef Christian Kasel. Bautechniker Gustav Otto Erich. Arbeiter August Heinrich Westphal. Kutscher Johann Wilhelm Beckmann. 28. Arbeiter Johannes Joachim Fritz Meier. [illegible] Johann Joachim Heinrich Wilhelm Carl Timm. 29. Arbeiter Wilhelm Heinrich Friedrich Zien. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich [illegible]. 30. Zimmermann Carl Rudolf [illegible]. 1. Mai. Arbeiter Carl Ferdinand [illegible]. Arbeiter Wilhelm August Rose (Travem.). 2. Hausdiener Karl Ludwig August Christian Frick. Klempner August [illegible].

Sterbefälle.

27. April. Walther Leopold Friedrich Winter 2 M. 28. Rentier Johann Heinrich [illegible] 80 J. (Wilhelmshöhe). Erna Auguste Marie Blombeck, 5 M. Sanitätsrath Dr. Friedrich Anton Heinrich [illegible], 61 J. Caroline Margaretha Louise [illegible] 5 M. Carl Hermann [illegible] 3 M. Arbeiter Johann Heinrich [illegible] 57 J. Elise Dorothea [illegible] geb. Grube, Ehefrau des Arbeiters Johann Heinrich Christian [illegible], 40 J. Clara Berta Käthe [illegible] 2 M. 29. Henriette Catharina Maria Möller, 74 J. Arbeiter [illegible] Friedrich Ludwig [illegible] 71 J. Ein Knabe, 10 Stunden. S. d. Arbeiter Christian Heinrich Detlef Wiebling. [illegible] Carl [illegible], 58 J. Marie Helene [illegible] 3 T. 30. Hans Carl [illegible] 1 J. [illegible] Margaretha [illegible] 1 J. [illegible] Christian [illegible] 58 J. 1 Mai. Rudolph Carl Georg [illegible] 6 M. [illegible] Ferdinand [illegible] 26 J. Magdalene Elisabeth Helene [illegible] 7 T. [illegible] Emilie Jarms, 25 J. 2. [illegible] August [illegible] 22 J. Arbeiter Carl [illegible] 42 J. Dienstmädchen Frieda Elisabeth [illegible] 2 M. [illegible] Johann Anton [illegible] 11 M. 3. [illegible] Carl [illegible] 2 M. Elise Johanna [illegible] 15 J. [illegible] Arbeiter [illegible] Catharina Elisabeth geb. [illegible] 1 J. [illegible] Christine Henriette geb. Mahler, geschiedene Ehefrau des Maurergesellen Heinrich Friedrich Busch, 69 J. 4. Catharina Maria Dorothea geb. Sandt, Ehefrau des Arbeiters Franz Heinrich Friedrich Ballerstedt, 48 J.

Eheschließungen.

30 April. Buchhalter Robert Otto Märker und Wilhelmine Sophie Minna Wasserstradt. Tischler Julius Hermann Friedrich Ohle und Anna Gesine Helene Henriette Osmers. Händler Wilhelm Heinrich Witt zu Zarpen und Wittwe Friederike Dorothea Catharina Vader geb. Joss. Arbeiter Otto Wilhelm Julius Rosenthal und Anna Catharina Sophie Tamm. 30. Kaufmann Paul Carl Christoph Goldenbeck und Wittwe Marie Louise Therese Bochau geb. Kircheiß. 1. Mai Maurer Paul Laskowski zu Rendsburg und Emma Eleonore von Linstow. Zimmermann Heinrich Friedrich Bernhard Wichmann und Christine Marie Auguste Elisabeth Hildebrandt. 2. Zimmermann Christian Eduard Joachim Wilhelm Heinrich Schlichting und Caroline Dorothea Elisabeth Koss. 3. Ober-Lagermeister der Lübeck-Büchener Eisenbahn Christian Heinrich Friedrich Schwon und Clara Christina Sabine Spiering. Tischler Karl Friedrich Wilhelm Theodor Brust zu Vorwerk und Caroline Sophie Starck. Lagermeister Wilhelm Heinrich Johann Wextorf und Ida Wilhelmine Eckhorst. Arbeiter Gustav Albert Mäl und Johanna Wilhelmine Therese Eich. Kutscher Johann Joachim Hans Bibow und Emma Marie Sofie Wulff zu Redewisch. Schneider Friedrich Johannes Hermann Schütt und Henriette Christine Maritha Dorothea Rehwoldt. Maurer Friedrich Wilhelm August Marks und Catharina Margaretha Dorothea Wittfoht. Schneider Johann Jochim Heinrich Prahl und Wittwe Auguste Johanna Dorothea Mollenhauer geb. Lockholt. 4. Handlungsgehülfe Johannes Heinrich Friedrich Ehlers und Ernestine Catharina Margaretha Elisabeth Maria Johanna Hamann. Straßenreiniger Heinrich Adolph Carl Rockstien und Anna Christina Maria Rußmann. Arbeiter Carl Georg Bernhard Evers und Minna Catharina Elisabeth Pantelmann. Arbeiter Ernst Friedrich Kuschnereit und Anna Doris Ernestine Ehlers. 4. Arbeiter Thomas Wilhelm Christian Bülow und Auguste Dorothee Friderike Klempau. Arbeiter Joachim Hans Heinrich Klingbiel und Helene Catharina Marie Anna Karberg. Arbeiter Wilhelm Heinrich Fritz Steuß und Maria Catharina Duwe zu Stockelsdorf.

Angeordnete Aufgebote.

29. April. Generalsekretär des Deutschen Flottenvereins August Carl Heinrich Röper zu Schöneberg und Helene Wilhelmine Auguste Kliche. Lokomotivheizer Jakob Thiel zu Osnabrück und Johanna Dorothea Clara Suesse. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Martens und Emma Auguste Friederike Terger. Polizeibeamter Carl Heinrich Friedrich Nagel und Caroline Helene Wilhelmine Schröder zu Beidendorf. Tischlergeselle Wilhelm Johannes Heinrich Schönbaum und Bertha Maria Christine Sarnau, beide zu Schwartau. Ingeneur Georg Karl Heinrich Rößing zu Spandau und Catharina Margaretha Petersen zu Deckerkrug. Bübneranerbe Carl Heinrich Ludwig Arp zu Herrnburg und Anna Maria Luise Meiburg zu Klein-Mist. 30. Schlachtermeister Johann August Christian Hellmann und Catharine Maria Dorothea Hehl. Speisewirth Johann Joachim Heinrich Ahrendt und Maria Sophia Dorothea Ladendorf. Kutscher Louis Heinrich Dietrich Biedow und Frida Elisa Emma Kiasohm. Monteur Bernhard Carl Roßner und Helene Albertine Simon zu Ennigerloh. Oberküfer Albert Carl Wilhelm Christian Brinkmann und Auguste Jähring zu Perleberg. Bäcker Johann Joachim Heinrich Schlichte zu Herrnburg und Hedwig Dorothea Sophia Melzing zu Hagenow. 1 Mai. Kellner Max Heinrich Friedrich Johannes Sierns und Emma Sophie Magdalena Schorp zu Hamburg. Tischler Max Johannes Wilhelm Krüger und Margaretha Dorothea Hermandine Kröger. Zimmermann August Friedrich Heinrich Höppner und Auguste Margareta Dorothea Kohn. Zimmermann Ernst Robert Breschnig und Maria Sophia Dorothea Bachstein. Malergehülfe Robert Julius Niese und Rosine Henriette Elisabeth Hopp zu Neustadt. Hülfshoboist Unteroffizier Heinrich Carl Friedrich Johannes Dahncke und Caroline Henriette Vick zu Rehna. Gastwirth und Erbpächter Hermann Karl Friedrich Georg Christian Reckel und Maria Karoline Sophie Schröder, beide zu Banzkow. 2. Arbeiter Friedrich Wilhelm Carl August Springborn und Clara Johanna Louise Wilhelmine Charlotte Therese Warnemünde. Arbeiter Johannes Peter Heinrich Spethmann und Anna Dorothea Henriette Steinhagen zu Israelsdorf. Former Christian Friedrich Heinrich Klaese und Cécile Marie Clara Löwe. Straßenreiniger Johann Jochim Stamer und Helene Elise Dorothea Westphal. Zimmermann Johannes Wilhelm Heinrich Arnst Dabel und Louise Maria Catharina Lippe. Schlosser Emil Heinrich Traugott Schneider und Karoline Elise Marie Kruse. Töpfermeister Friedrich Anton Emil Steen und Antoinette Auguste Alexandrine Margarethe Schmidt. 3. Buchhalter Fritz Friedrich Ludwig Feddern und Johanna Dorothea Maria Wehling. Maler Friedrich Hinrichsen und Friederike Henriette Hedwig Anna Charlotte Schulz. Maurer Claus Carl Ferdinand Berg und Johanna Elisabeth Caroline Lemke. Lehrer Albert Hugo Hermann Flügel zu Neudorf und Luise Bertha Auguste Thomsen. Bäckergeselle Wilhelm Carl Friedrich Christian Kruse zu Schwerin und Auguste Catharina Elisabeth Wilde. 4. Sattler Paul Eduard Kiege und Elise Louise Grevesmöhl zu Cordshagen.

---

langen und Sturmesfälle der Zeit, die ihn noch von dem entscheidenden Moment trennte. Und im nächsten Augenblicke wieder bangte es ihm vor diesem Moment, daß er jede Stunde des Tages, die ihn noch von ihm trennte, wie ein Labsal, wie ein Gnadengeschenk empfand. Ach, kaum wußte er selbst, was er wünschen, was erleben sollte, und nur ein Gefühl blieb im Wechsel dieser Stimmungen, die Verzweiflung blieb und breitete ihm ihre dunklen Schatten über Herz und Hirn.

Wieder einmal hielt der Zug, diesmal an einer größeren Station. Auf dem Perron war viel Leben, es mußte Besonderes vorgehen, die Leute standen dicht geschaart um den Stationschef, der ein Blau Papier in der Hand hielt, und anscheinend in großer Erregung sprach. Die Gruppe löste sich beim Einfahren des Zuges nur langsam auf; [illegible] in eifrigem Gespräch, gingen die Reisenden an die Waggons heran.

Sendlingen blickte hinaus; der Kondukteur war auf den Stationschef zu, der ihm das Blau Papier hinhielt; es war wohl ein Telegramm. Der Mann las, trat erbleichend einen Schritt zurück und rief dann laut: „Unmöglich!" worauf der Andere die Achseln zuckte.

Der Präsident sah und hörte dies, ins Bewußtsein drang es ihm nicht. „G . . .", murmelte er den Namen der Station vor sich hin. „Noch zwei Stunden".

Weiter dampfte der Zug, ein Hügelland empor, daher mit mäßiger Geschwindigkeit. Dem unglücklichen Manne aber ging es wieder einmal viel zu rasch — jede Umdrehung der Räder riß ihn ja wieder von seinem Kinde hinweg, nach dessen bisher Leidensmiene ihn plötzlich eine fieberische Sehnsucht ergriff, seinem armen Kinde, das seiner jetzt am meisten bedurfte . . .

„Entsetzlich!" stöhnte er auf . . . Seine erregten Sinne spiegelten es ihm vor, wie sie vielleicht jetzt, gerade jetzt, die Kunde erhalten, daß ihr Leben dem Henker verfallen . . . Es war ja wohl möglich, das Urtheil hatte seinen Weg durch die Registratur genommen und war zu den Akten gelegt worden; die Mitglieder des Gerichtshofes konnten es gelesen haben, die Kanzlisten — wenn es Einer von ihnen dem Kerkermeister erzählte, den Aufsehern, wenn es Viktorine zufällig erfuhr . . .

„Zurück!" keuchte er und schnellte empor. „Ich muß zurück!" Er war zum Glück allein, sonst hätten ihn die Mitreisenden wohl für wahnsinnig gehalten. Und etwas wie Wahnsinn loderte auch in seinem Blick, als er nun den Handkoffer aus dem Netze riß, die Klinke der Thür ergriff, als wollte er sie öffnen und aus dem Zuge springen. Eben ging der Kondukteur am Trittbrett den Waggon entlang; die Lokomotive pfiff, der Zug ging langsamer, von ferne tauchten die Dächer einer Station auf. Erstaunt blickte der Mann in die fahlen, verzerrten Züge des Reisenden, und dieser Blick gab dem Präsidenten die Besinnung wieder, er sank auf seinen Sitz zurück. „Es nützt ja nichts," dachte er, „ich muß ja nach Wien!"

Der Zug hielt. „R . . . dorf! Eine Minute Aufenthalt!" riefen die Kondukteure.

Es war eine kleine Station, kein Reisender stieg ein oder aus; nur der Beamte mit der rothen Mütze stand vor dem Gebäude. Gleichwohl dauerte der Aufenthalt ein wenig länger, als vorgeschrieben. Die Kondukteure standen in eifrigem Gespräch mit dem Beamten.

Sendlingen konnte Anfangs jedes Wort hören. „Kein Zweifel!" sagte der Beamte. „Ich habe meinen Apparat so gestellt, daß ich hören konnte, wie es von Wien nach P. und B. telegraphirt wurde. Welches Unglück! . . ."

„Und ist die Wunde schwer?" fragte einer der Kondukteure. Es war offenbar ein verabschiedeter Soldat; die Stimme des alten Mannes zitterte bei dieser Frage.

„Darüber lauten die Nachrichten verschieden," war die Antwort. „Herr im Himmel! Wer hätte derlei bei uns in Oesterreich für möglich gehalten!"

„O, das kann nur ein Italiener gethan haben!" rief der alte Soldat. „Ich war zehn Jahre dort unten und kenne diese tückische Brut!"

So weit hatte Sendlingen das Gespräch gehört, aber ohne es recht zu verstehen, ohne sich zu fragen, was es bedeuten möge. Noch mehr, der Klang der Stimmen war ihm peinlich, weil er ihn in seinen Gedanken störte; er zog das Fenster empor, um nichts mehr zu hören.

Ein anderes Bild stand nun vor ihm, während der Zug weiter rollte, aber lichter und trostvoller war es nicht . . . Er war vor seinem Fürsten gestanden und dieser hatte ihm gesagt: „Es ist furchtbar, ich bemitleide Dich, Du armer Vater, helfen kann ich Dir nicht! Es ist meine Pflicht, das Recht zu schützen, ohne Ansehung der Person; ich habe das Todesurtheil bestätigt, nicht deshalb, weil ich nichts von ihrem Vater wußte und einen Mann geringer Herkunft in ihm vermuthete, sondern weil sie schuldig ist nach ihrem eigenen Geständniß und nach der Richter Urtheil. Soll ich sie nun deshalb begnadigen, weil sie die Tochter eines einflußreichen und vornehmen Mannes ist, Deine Tochter? Wird hierdurch ihre Schuld geringer, wird hierdurch ihr Kind wieder lebendig? Kannst Du mir dies zumuthen, der Du selbst ein Richter bist, welcher den Schwur geleistet, Vornehm und Gering mit gleichem Maße zu messen?! . . ." So hatte der Fürst gesprochen, und er hatte nichts darauf zu entgegnen gewußt — ach! kein Sterbenswörtchen — und war heimgekehrt. . . . Und es war eine dunkle Nacht — dunkel genug, um Raub und Diebstahl zu verbergen und selbst den schwersten Frevel, den je ein Mensch verübt — und er schlich über den Hofraum seines Hauses, schlich auf jenes Thürchen zu, welches den Zugang zu den Gefängnissen bildete . . . .

„Oh!" stöhnte er auf und streckte die Hände abwehrend vor sich hin, „das nicht! . . . das nicht! . . . Auch bin ich ja zu feig dazu, ich weiß es ja . . . zu feig! zu feig!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verlag: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.